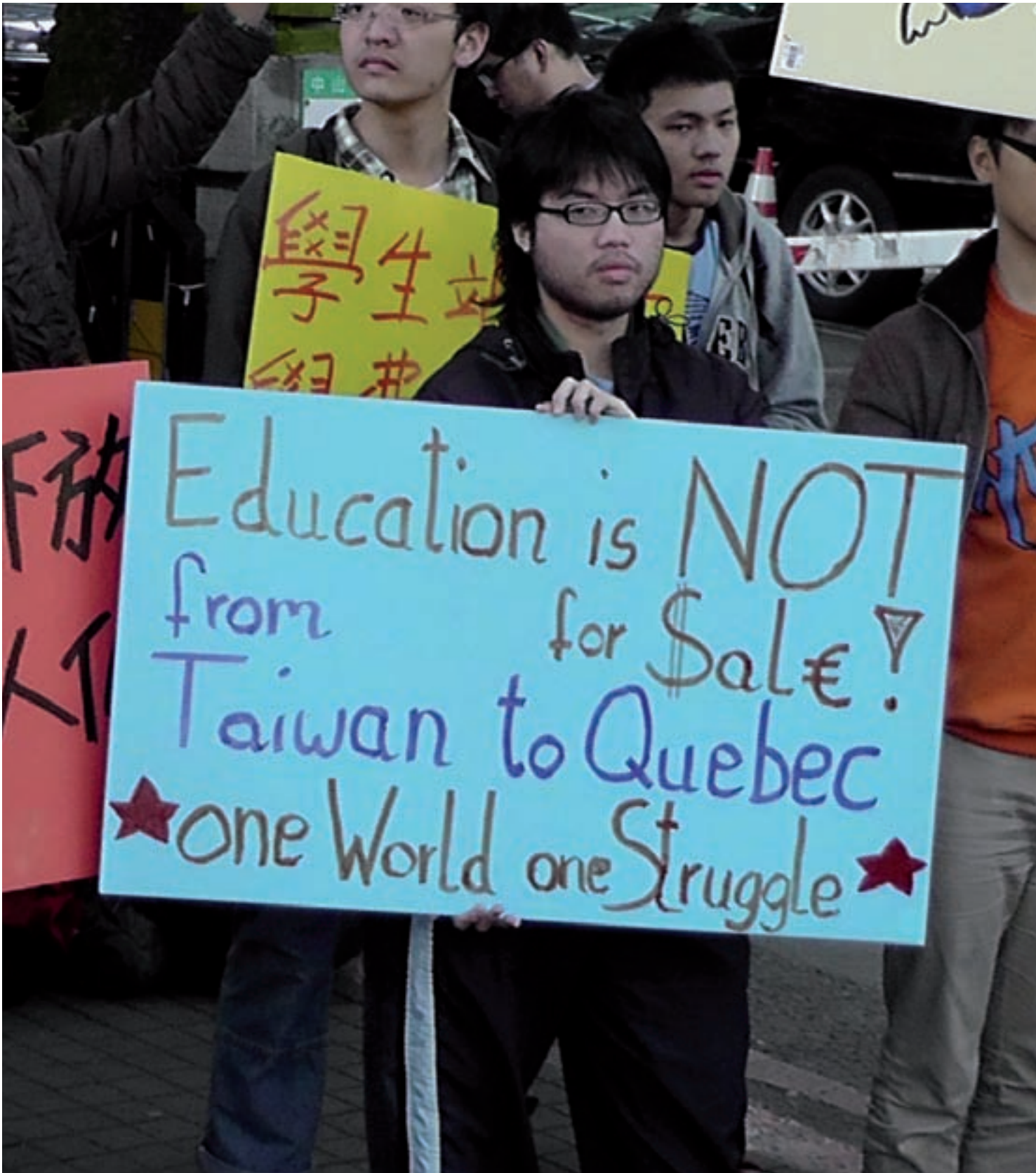


# lesezeichen

**"Menschen sterben, und ihr schweigt -  
Scheiben klirren, und ihr schreit!"**

Anonym



## Themen:

- Internationale Studierendenproteste
- Entmilitarisierung und Zivilklausel
- Kapitalismuskritische Proteste im März und Mai
- Gendering - Wieso, weshalb, warum?



**AstA**  
TU Darmstadt

**SoSe 2012**

## Inhaltsverzeichnis

- 2 Editorial
- 2 Impressum
- 3 Geschlechtergerechtes Schreiben
- 4 **In eigener Sache**
- 5 **Hochschulgruppen**

### Protest

- 6 M31 Bericht
- 7 Blockupy Frankfurt
- 8 Positionspapier zu ACTA
- 9 Spenden – Moderne Ablassbriefe?
- 9 Überfüllte Hochschule
- 10 Int. Bildungsproteste

### Hochschulpolitik

- 12 Bologna Krücken
- 12 Freiheit von Lehre & Forschung
- 13 Sicherheitsforschung an der TU Darmstadt

### Gesellschaft

- 14 Die Geschichte des Int. Frauenkampftages
- 15 Vegan leben
- 16 Postwerbung
- 17 Bild Widerspruch

### 19 Politische Gruppen

### Kultur & Lokales

- 20 603 qm – ein Projekt wird erwachsen
- 21 Solidarische Landwirtschaft in Darmstadt
- 22 Neubau der ULB
- 22 Rechter AStA an der FH Frankfurt – ein offener Brief der ehemals Aktiven
- 23 Darmstadts Radwege
- 23 Kommentar zu den Plänen des Saladin-Gebäude

### 24 Veranstaltungshinweise

### 24 Kurznews

## Editorial

Liebe Studierende, gerade hat das Sommersemester 2012 begonnen - die letzten Prüfungen aus dem Winter sind endlich abgeschlossen, die neuen Stundenpläne gebastelt, in eure Vorlesungen habt ihr wohl schon mal reingeschnuppert und vielleicht habt ihr auch schon die ersten sonnigen Stunden mit euren Freund/innen im Herrngarten verbracht. Auch euer AStA, der Allgemeine Studierendenausschuss der TU Darmstadt, hat sich schon motiviert in die Arbeit an seinen anstehenden Projekten gestürzt. So möchten wir euch auch in dieser Sommerausgabe der AStA-Zeitung gerne über unsere vielfältigen Arbeitsfelder und zahlreichen laufenden Projekte informieren. Schließlich gibt es rund um den Campus immer was zu tun!

Dieser Ausgabe der AStA-Zeitung haben wir einmal mehr einen (hochschul-)politischen Schwerpunkt verliehen. So werdet ihr auf den folgenden Seiten vor allem viele interessante Berichte und Stellungnahmen zu verschiedenen Demonstrationen und politischen Aktionstagen der vergangenen Wochen finden. Dazu zählen zum Beispiel die kapitalismuskritischen Proteste mit der vergangenen M31-Demonstration am „European Day of Action against Capitalism“ und die kommenden „Blockupy“-Aktionstage am 17.-19. Mai. in Frankfurt, über die auf Seite 6 berichtet wird. Außerdem bieten wir euch auf S. 8 mit dem Positionspapier des „bündnisses für politik- und meinungsfreiheit“ eine kritische Beleuchtung des internationalen ACTA-Abkommens und auf S. 13 eine informative Darstellung der Arbeitsbereiche des AStA-Referats für Entmilitarisierung, wozu vor allem die Begleitung der Zivilklausel an der TU Darmstadt gehört. Nicht zuletzt haben wir auch Meldungen über internationale Bildungsproteste zusammengetragen, die sich von Taiwan bis Québec ziehen.

Doch mit diesen politisch orientierten Artikeln ist noch lange nicht Schluss! Lest darüber hinaus in dieser Zeitung auch Infos über die aktuellsten Entwicklungen bezüglich des 603qm und der Stoeferlehalle, über den internationalen Frauentag und die immer wieder aufkommende Frage um das Gendern, über Argumente für vegane Ernährung, die vielleicht auch dich überzeugen könnten und über das neue Darmstädter Projekt „Solidarische Landwirtschaft“!

Außerdem findet ihr Artikel zur Radwegssituation in Darmstadt, eine Stellungnahme zur Situation des „Saladin-Gebäudes“ und Infos zur Entwicklung des AStA der FH Frankfurt und und und....

Wie bisher auch wurde das Lesezeichen komplett ehrenamtlich von verschiedenen Referent\*innen des AStA und anderen engagierten Menschen nach eigener Schwerpunktsetzung verfasst, woraus die stilistische und inhaltliche Vielfalt dieser Zeitung entstanden ist. Übrigens: Jeder Artikel in dieser Zeitung wurde in einer anderen Form gegendert. So könnt ihr euch die möglichen Formen direkt einmal ansehen und überlegen, welche der Formen euch am besten gefällt. Auf der hier angrenzenden Seite findet ihr auch noch einen ausführlichen Artikel dazu.

- Für Anregungen und Kritik sind wir natürlich stets offen und freuen uns, wenn DU dich einbringen möchtest! -

So, dann wünschen euch jetzt einfach viel Spaß mit dieser Lesezeichen-Ausgabe und ein schönes Sommersemester!

Euer AStA der TU Darmstadt

## Impressum

lesezeichen. Zeitung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) der Technischen Universität Darmstadt  
c/o AStA TU Darmstadt  
Hochschulstr. 1  
64289 Darmstadt

Ausgabe 4, April 2012  
Redaktion: Iris Conrad, Alexander Lang, Jan-Martin Steitz, Falko Rimmler,  
Layout: Sebastian Ankenbrand & Matthias Speck  
V.i.S.d.P.: Alexander Lang  
Titelbild: ISM

Auflage: 5000

zeitung@asta.tu-darmstadt.de  
www.asta.tu-darmstadt.de

Der AStA der TU Darmstadt ist ein Organ der Studierendenschaft. Die Studierendenschaft der TU Darmstadt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

### AStA-Sitzungen

Stadtmitte S1|03/56  
Dienstag und Donnerstag 17:00

### Büro

- Stadtmitte  
Gebäude S1|03, Raum 56  
Hochschulstr. 1  
64289 Darmstadt  
Mo, Fr: 9:30 - 14:00 Di, Mi, Do: 9:30 - 15:00

- Lichtwiese  
Mensa Gebäude, Glaskasten  
Petersenstraße 14  
64287 Darmstadt  
Mo & Mi.: 10:30 - 14:00

### Kontakt

Büro Stadtmitte  
Tel.: 06151/ 162117

Büro Lichtwiese  
Tel.: 06151/ 163217

Email: service@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Hochschulpolitik:  
hopo@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Feminismus/Gleichstellung:  
gleichstellung@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Fachschaften:  
fachschaften@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Nachhaltigkeit:  
nachhaltigkeit@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Finanzen:  
finanzen@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Soziales:  
soziales@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Mobilität:  
verkehr@asta.tu-darmstadt.de

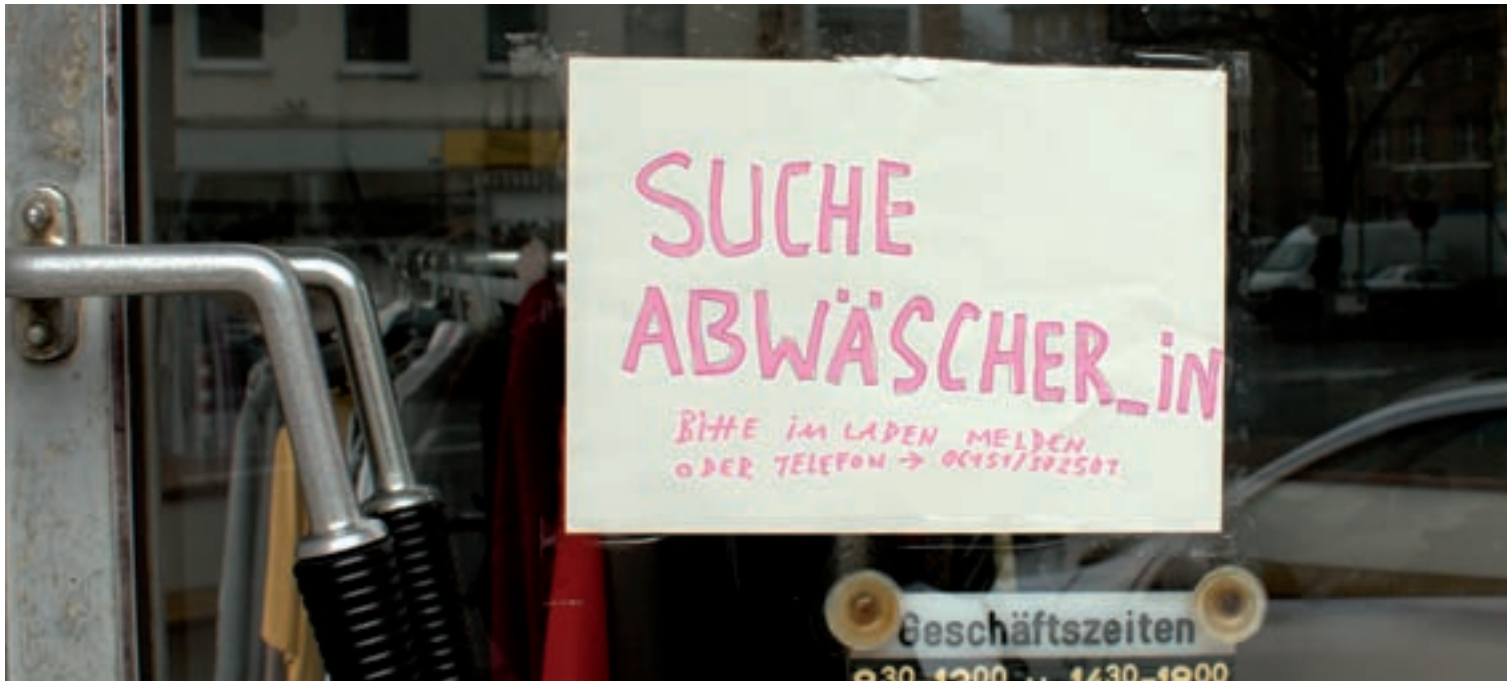
Zirkel für Öffentlichkeit:  
oeffentlichkeit@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Antifa:  
antifa@asta.tu-darmstadt.de

Zirkel für Queer  
queer@asta.tu-darmstadt.de

# Geschlechtergerechtes Schreiben - Wieso, Weshalb, Warum?

**Wortgefecht geschlechtergerecht – Kampf der Geschlechter geht in die nächste Runde / Für Word-Nerds und Linguistikgourmets: Geschlechtergerechte Sprache, mehr als nur Gerede / Allerdings, sprach die Sphinx / Wortschatzprolet / Der Mann für alle Fälle / mann mann mann**



Geschlechtergerechtes Schreiben in der Praxis

Foto: M.Speck

Sprache ist Bewusstsein! Gerade an der Universität – an der Bildungsprozesse stattfinden und damit einhergehend Begriffsarbeit geleistet wird – ist die Wichtigkeit von Sprache zu erkennen. Humboldt stellte fest, dass Bildung als Auseinandersetzung des Menschen mit der „Mannigfaltigkeit der Welt“ nur über Sprache funktioniert: „Sprachbildung ist Menschenbildung“<sup>1</sup>.

Gerade als Studierende sind wir, egal aus welchem Fachbereich, immer wieder mit Begriffsbildung beschäftigt und wissen um die Bedeutung des präzisen Ausdrucks, der Genauigkeit und den vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten von Begriffen. Und so stolpern wir immer wieder über die Fallen der deutschen Sprache: das Männliche kann, darf, soll oder muss „alle“ meinen. Doch es bleibt offen, welches Verb im einzelnen Fall herangezogen wird und frau weiß nie, ob frau nun mit einbezogen ist oder nicht. Letztlich bleibt stets die Hintertür offen und die ausschließende Sprache, die Unsicherheit für alle mit sich bringt, wird relativiert, verteidigt und schließlich weiter fortgeführt.

Leider erstarken auch immer mehr die sogenannten „Antifeministischen Gruppen“, die Männer als Opfer der Gleichberechtigung sehen, zugleich aber offen die Privilegien des Mannes schützen wollen. Vor allem im Internet kursieren ihre sogenannten Hate Speeches (also Hetzreden und -propaganda). Eine aktuelle Studie befasst sich mit dem Antifeminismus und zieht das Fazit der Frauen- und Männerfeindlichkeit (da auch Männer, die nicht der Männlichkeitsvorstellung der Antifeminist\*innen entsprechen, ausgegrenzt werden).

In Abgrenzung zu diesen, aber auch für eine bewusste Entscheidung für Gleichberechtigung, gewinnt geschlechtergerechte Sprache an Bedeutung. Nach Jahrzehnten harter Arbeit vieler engagierter Menschen ist es nun Gang und Gebe, Texte, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, geschlechtergerecht zu formulieren. Nicht zuletzt die neoliberalen Exzellenzinitiativen machten es zur klaren Vorgabe geschlechtergerecht zu schreiben.

**„Geschlechtergerechte Sprache ist doch gar nicht mehr nötig - in Deutschland haben wir doch Gleichberechtigung.“**

Am 23.03.2012 werden Frauen mit der gleichen Arbeit für das Jahr 2011 so viel verdient haben, wie ihre männlichen Kollegen bis zum 31.12.2011. Frauen verdienen 8% weniger als Männer in der gleichen Tätigkeit und insgesamt 23% weniger in Berufen in schlechter bezahlten Branchen. Die Alterssicherungslücke zwischen Frauen und Männern liegt in Deutschland bei 59 Prozent. 2010 waren nur

3,2% der Vorstandspositionen der 200 größten Unternehmen Deutschlands mit Frauen besetzt.

Ca. 25% der Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren haben körperliche und/oder sexuelle Gewalt in der Beziehung durch Beziehungspartner mindestens einmal erlebt. Damit sind sie von häuslicher Gewalt stärker bedroht als beispielsweise durch Einbruch oder Raub. Erst 2009 wurde durch eine Studie bestätigt, dass Gewalt, Demütigungen und Beleidigungen gegen Frauen nicht nur Probleme der sogenannten "sozialen Brennpunkte" sind, sondern auch Frauen in mittleren und hohen Bildungs- und Sozialschichten betreffen.

Es gibt viele weitere Studien, Zahlen und Fakten, die eines belegen: Gleichberechtigung ist in Deutschland noch nicht erreicht. Diese und viele weitere Informationen sind auf der Seite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Gleichstellung) zu finden: [www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung.html](http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung.html)

**„Ich meine doch alle. So funktioniert das generische Maskulinum halt.“**

Zum Glück gibt es auf "WG-gesucht" die Einstellung männlich/weiblich, denn nur so erschließt sich manchmal, wer da wirklich gemeint ist! Neben dem Problem, dass so manches Mal nun wirklich nicht herauszulesen oder -hören ist, wer gemeint ist, geht es auch um die Infragestellung der männlichen Überpräsenz in der deutschen Sprache. Diese Überpräsenz zeigt an, was in den oben genannten Zahlen schon angeschnitten wurde. Nur wenn sich Sprache und Handeln (Judith Butler und andere versuchen schon lange, Sprechen selbst als Handeln zu beschreiben) verändern, können wir der Gleichberechtigung entgegen schreiten.

**„Alles immer für beide Geschlechter zu schreiben macht die Texte so lang und Binnen-I oder Unterstrich sehen blöd aus. Außerdem stört das total den Lesefluss.“**

Ein kleines Experiment: knasnt Du das lesen? Graham Rawlinson schrieb 1976 in seiner Dissertation "The Significance of Letter Position in Word Recognition" darüber, dass Worte gelesen werden können, solange der erste und der letzte Buchstabe an der richtigen Stelle stehen – die restliche Reihenfolge spielt keine Rolle. Mehrere Universitäten beschäftigen sich seither mit diesem Thema.

Die große Angst davor, dass das Binnen-I überlesen zu einem kleinen i werden könnte und man dann nur noch die weibliche Wortform liest, bestätigt eher, dass es nicht um Lesbarkeit oder Textlänge geht, sondern um die Angst, die männlichen Privilegien zu verlieren.

Und bezüglich der Textlänge gibt es ja auch einige Möglichkeiten: Binnen-I; /; \_; \*; weiblich und männlich; neutrale Bezeichnung.

**„Also die Frauen, mit denen ich gesprochen habe, fanden das auch alle übertrieben.“**

Natürlich denken, handeln und meinen Frauen nicht immer das Gleiche, nur weil sie eben Frauen sind. Und so positionieren sie sich auch zu den verschiedenen Themen unterschiedlich. Wichtig dabei ist zu beachten, dass die Unterrepräsentation der Frauen im öffentlichen Bereich, schlechtere Bezahlung, erhöhtes Risiko für Altersarmut usw. keine Frage von gefühlter Diskriminierung ist. Es handelt sich stattdessen um empirische, statistisch belegte Tatsachen, bei gleichzeitiger Sicherheit, dass das nicht an der Ausbildung oder am Unwillen der Frauen liegt. Strukturelle Benachteiligung lässt sich auch heute noch in vielen Bereichen unserer Gesellschaft feststellen.

Sprache ist zur Überwindung dieser Ungleichheit nur ein Puzzleteil, das dafür sorgen soll, Frauen nicht zu vergessen, sondern sie anzusprechen – Sprache als Bewusstseinsbildung eben!

<sup>1</sup> V. Ladenthin (Hrsg.): Philosophie der Bildung. Eine Zeitreise von den Vorsokratikern bis zur Postmoderne; Denkmal Verlag; 2006.

**Mehr Infos zum Thema Anti-Feminismus unter:**

<http://idw-online.de/pages/de/news460092>

<http://www.boell.de/publikationen/publikationen-antifeministische-maennerrechtsbewegung-13838.html>

**Links die verschiedene Varianten des Genders aufführen, aber auch Gründe dafür geben:**

<http://www.gleichstellung.fh-koeln.de/gleichstellung/service/gendergerechte-sprache/>

[http://www.frauenbeauftragte.uni-muenchen.de/genderkompetenz/sprache/sprache\\_pdf.pdf](http://www.frauenbeauftragte.uni-muenchen.de/genderkompetenz/sprache/sprache_pdf.pdf)

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen/publikationen,did=69986.html>

<http://www.frauensprache.com/einfuehrung.htm>

<http://www.genderleitfaden-weiterbildung.de/erfolgssicherung/gendergerechte-texte/index.htm>

[http://wiki.gruene-jugend.de/index.php/Richtig\\_Gendern](http://wiki.gruene-jugend.de/index.php/Richtig_Gendern)

<http://www.birgit-primig.at/textgestaltung/gender-regeln-1>

## Reformierte Arbeitsweise im AStA - Das Zirkelkonzept

„Was soll denn bitte ein „Zirkelkonzept“ sein?!“ wirst du dir vielleicht gedacht haben, als du eben die oben stehende Überschrift gelesen hast. Nun, in diesem Artikel werden wir genau erklären, was unser neues Zirkelkonzept ist, was sich alles ändert und welche Vorteile es für unsere Arbeit als Studierendenvertretung mit sich bringt.

### Was sind „die Zirkel“?

Grundsätzlich besteht die Idee des Zirkelkonzepts darin, Referate des AStA in Arbeitskreisen mit thematischem Schwerpunkt, den sogenannten Zirkeln, zu organisieren. Ein Zirkel besteht zumindest aus zwei Personen, nach oben sind grundsätzlich keine Grenzen gesetzt. Diese Zirkel finden sich nach Bedarf zusammen, damit die jeweiligen Referate kooperativ an einem gemeinsamen Projekt, das kurz- oder langfristig laufen kann, arbeiten können. Schließt ein Zirkel ein Projekt ab, so wird er aufgelöst und ein neuer Zirkel kann bei Bedarf jederzeit gegründet werden. Ein\*e Referent\*in kann sich auf diese Weise in verschiedenen Zirkeln gleichzeitig engagieren, je nach dem, was sie bzw. ihn interessiert oder betrifft. Dadurch muss niemand alleine an einem unterstützenswerten Projekt arbeiten und in der Gruppe wird ein kreativer und produktiver Austausch gefördert.

### Aber wie arbeiten die Zirkel denn genau?

Die Zirkel treffen sich nach eigener Absprache und bearbeiten selbst gewählte Projekte. Finanzanträge müssen weiterhin auf der AStA-Sitzung beschlossen werden, denn die Zirkel verfügen über keinerlei Finanzautonomie. Im Moment gibt es zum Beispiel den Öffentlichkeitszirkel, den Nachhaltigkeitszirkel, den Zirkel für Hochschulpolitik, den für Kunst und Kultur und natürlich den für die AStA-Zeitung, die du gerade in den Händen hältst. Darüber hinaus gibt es natürlich noch weitere Zirkel und interessante Projekte, über die du dich gerne auf der Homepage des AStA oder auf einer AStA-Sitzung, die jeden Dienstag ab 17:00 Uhr stattfindet, informieren kannst.

Ein besonderer Zirkel ist der Verwaltungszirkel, denn er unterscheidet gewählte von eingestellten Referent\*innen. In ihm sind alle gewählten Referent\*innen organisiert, um einen eng eingegrenzten Bereich sensibler Belange und Aufgaben, die gesetzlich von gewählten Referent\*innen erledigt werden müssen, zu bearbeiten. Nichtsdestotrotz können sich gewählte Referent\*innen auch in anderen Zirkeln einbringen.

### Aber kocht dann nicht jeder Zirkel sein eigenes Süppchen?

Nein, auch das verhindert das Zirkelkonzept. Die Zirkel sind dazu aufgefordert, im Rahmen ihrer Arbeit anstehende Entscheidungen vorzubereiten und zumindest einmal wöchentlich eine\*n ihrer Referent\*innen in die AStA-Sitzung zu entsenden, damit Entscheidungsvorschläge des Zirkels dort vorgestellt, nach Möglichkeit mit der Arbeit anderer Zirkel koordiniert und schließlich, ebenso wie zuvor im jeweiligen Zirkel, konsensorientiert und basisdemokratisch beschlossen

werden können. Auf der gemeinsamen AStA-Sitzung werden dann Finanzanträge besprochen und ggf. beschlossen, Fortschritte der einzelnen Zirkel werden präsentiert und Entscheidungen werden gemeinsam gefällt. Natürlich berichtet auch der Verwaltungszirkel von seiner Arbeit. Wichtig ist, dass die von den Zirkeln vorbereiteten Entscheidungen grundsätzlich respektiert werden sollten und deshalb nur notwendige Ergänzungen diskutiert und beschlossen werden.

### Und wie wird die Höhe der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Arbeit beschlossen?

Die Höhe der individuellen Aufwandsentschädigung wird von den Referent\*innen selbst vorgeschlagen, wobei sich diese zum einen an der sozialen und finanziellen Lage der Referent\*innen und zum anderen am Aufwand orientieren sollte. Dies ist durch die Finanzordnung der Studierendenschaft geregelt. Der Betrag kann grundsätzlich von 0 € bis BAföG-Höchstsatz (derzeit 670 €) variieren. Über die Aufwandsentschädigung von eingestellten Referent\*innen wird dann bis 400€ in der AStA-Sitzung entschieden, die von gewählten Referent\*innen und Entschädigungen von über 400€ werden durch das Studierendenparlament beschlossen. Dass das Konzept funktioniert und nicht nur jede\*r nimmt, was er oder sie bekommen kann, zeigt die Spannweite der derzeitigen Aufwandsentschädigungen, die von 50 bis 350€ reicht.

### Welche konkreten Probleme der bisherigen AStA-Struktur löst das Zirkelkonzept?

Unter anderem wird das Problem von langer AStA-Sitzungen, die sich bisher z.T. über vier Stunden hinzogen, angegangen. Durch die intensivere Vorarbeit der Zirkel, bei der bereits in kleinerem Rahmen ein Konsens zwischen jenen Referent\*innen gefunden wurde, die sich mit dem Thema maßgeblich auseinandersetzen, kann die Diskussionszeit in den Sitzungen, gerade zu administrativen Tätigkeiten, deutlich verringert werden.

Außerdem ermöglichen es die kleineren Zirkel-Sitzungen Referent\*innen mit weniger Zeit, die Infos aus ihren Referaten mit dem Zirkel zu teilen und diese schließlich in Kurzform in die AStA-Sitzung einzubringen.

Nicht zuletzt sollen durch eine klare Benennung von Kompetenzen informelle Hierarchien in formelle Kompetenzen umgewandelt werden. Das ist kein Etikettenschwindel, sondern eine bewusste Umbenennung, insbesondere des Wortes „Vorstand“ in „Verwaltungszirkel“, um hierarchische Begrifflichkeiten abzuschaffen.

### Auflistung der bestehenden AStA-Zirkel

**Verwaltungszirkel:** Hier sind alle gewählten Referent\*innen organisiert und übernehmen administrative Aufgaben sowie die Verwaltung des Personals.

**Zirkel für Kunst und Kultur:** In diesem Zirkel engagieren sich Referent\*innen, die Darm-

stadt um viele bunte Veranstaltungen im Bereich Kunst und Kultur bereichern möchten, wozu z.B. Lesungen, Partys oder Filmvorführungen gehören.

**Zirkel für Mobilität und Verkehr:** Dieser Zirkel kümmert sich für euch z.B. um die Kooperation mit der DADINA und dem RMV, damit das Semesterticket fortbestehen kann. Zudem arbeitet er auch mit Book´n´Drive zusammen, um Bus- und Autobuchungen an der Uni zu ermöglichen. Ein übergeordnetes Ziel des Zirkels ist es vor allem, die Mobilität von Studierenden in Darmstadt insgesamt zu verbessern.

**Genderzirkel:** An dieser Stelle beschäftigen sich Referentinnen mit Fragen und Projekten rund um das Thema Geschlechtergerechtigkeit, Gender, Queer und Feminismus und setzt sich vor allem für eine geschlechtergerechte Universität ohne Diskriminierungen und Ausgrenzungen ein.

**Zirkel für Nachhaltigkeit:** Referent\*innen mit den unterschiedlichsten Schwerpunkten setzen sich in diesem Zirkel mit Fragen rund um Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und sozialer Gerechtigkeit auseinander. Zu aktuellen Projekten zählen zum Beispiel die Fahrradwerkstatt und ein Hinwirken zu einer ökologisch nachhaltigen Universität und einer Mensa mit vielen gesunden Bioprodukten. **HoPo-Zirkel:** Die Abkürzung HoPo steht für Hochschulpolitik und an eben dieser Thematik arbeiten die in diesem Zirkel organisierten Referent\*innen. Gerade dieses Thema bietet viele Ansatzpunkte für engagierte politische Arbeit, so setzen sich die Referent\*innen aktuell z.B. mit der Wohnungsnot, Entmilitarisierung und der Zivilklausel oder Zulassungsbeschränkungen an der Universität auseinander.

**Zirkel für Öffentlichkeitsarbeit:** In diesem Zirkel sind alle Referent\*innen organisiert, die für den AStA Öffentlichkeitsarbeit betreiben, d.h. Pressemitteilungen schreiben und veröffentlichen, für Interviews zur Verfügung stehen und die Website des AStA aktualisieren.

**Zeitungs-zirkel:** Dem Zirkel für Öffentlichkeitsarbeit nahestehend betreuen Referent\*innen in diesem Zirkel die redaktionelle Arbeit der AStA-Zeitung, d.h. sie schreiben Artikel, unterstützen andere Referent\*innen beim Schreiben, gestalten das Layout sowie den Satz und veröffentlichen sie.

**Supportzirkel:** Dieser Zirkel unterstützt den AStA in all seinen Projekten und Aktionen, indem er z.B. hilft, Flyer zu verteilen, zu Plakatieren oder Stände auf- und abzubauen. Aber auch bei jedweden anderen anfallenden Aufgaben stehen diese Referent\*innen tatkräftig zur Verfügung.

**Zirkel für Politische Bildung:** Der Zirkel für Politische Bildung hat es sich zum Ziel gesetzt, Studierende an der TU Darmstadt politisch aufzuklären und aktuelle politische Problematiken theoretisch aufzuarbeiten, z.B. durch zahlreiche Podiumsdiskussionen und Vorträge.

## Vom 18. bis 21. Juni sind Hochschulwahlen

Auch im kommenden Semester finden wieder Hochschulwahlen statt, bei denen die Studierendenschaft ihre Vertreter\*innen in den verschiedenen Universitätsgremien wählt. Mit eurer Stimme entscheidet ihr, wer in eurem Namen in der Universitätsversammlung, dem Studierendenparlament und den Fachschafts- und Fachbereichsräten Entscheidungen fällt, über Ausgaben entscheidet und bei den Lern- und Lehrbedingungen an der TU mitredet.

Wenn ihr euch einbringen wollt, schaut bei den verschiedenen politischen Hochschulgruppen, dem AStA oder eurer Fachschaft vorbei. Näheres zu den Wahlen und den zur Wahl stehenden Listen erfahrt ihr auch in der nächsten Ausgabe der AStA-Zeitung oder unter: [www.asta.tu-darmstadt.de/wahlen](http://www.asta.tu-darmstadt.de/wahlen)



## Komitee für freie Bildung

Das Komitee für freie Bildung ist ein freier Zusammenschluss von Menschen verschiedener Herkunft, die in und um Darmstadt wohnen und sich kritisch mit dem Bildungssystem auseinandersetzen. Im Komitee wird versucht, unsere gesamte Gesellschaft, vom Bildungssystem ausgehend, mit dem Ansatz zu betrachten, alternative Ideen und Visionen zu entwickeln.

Seit Anfang 2009 trifft sich die bunte Gruppe regelmäßig mindestens einmal pro Woche und hat in dieser Zeit zusammen mit den ASten der Darmstädter Hochschulen, dem StadtSchülerInnenrat und weiteren Bündnissen vor Ort die Bildungsproteste vorbereitet, aber auch mithilfe vieler kleiner Aktionen Ideen verbreitet.

Ein Anliegen ist, wie bereits angesprochen, das Bildungssystem im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang kritisch zu hinter-

fragen und sich mit den daraus resultierenden Problemen für Menschen und Umwelt auseinanderzusetzen. Da dies aber weder ein kleines Themenfeld, noch eine wirklich überschaubare Diskussionsgrundlage darstellt, ist es wichtig, dass Menschen ihre Erfahrungen, Ideen und Kritik gemeinsam besprechen und immer wieder neue Ansichten eingebracht werden.

Neben der theoretischen Auseinandersetzung spielt dabei die Organisation der Aufklärung und des breiten politischen Widerstandes immer eine entscheidende Rolle. Jede Vision braucht Menschen, die sie entwickeln, aber auch weitertragen und öffentlich machen. So prägt das Komitee aktiv die Bildungspolitik und sieht in der Aufklärung, aber auch in zivilem Ungehorsam, eine Möglichkeit, politischen Druck auf die verschiedenen Akteurinnen und Akteure aufzubauen und so etwas zum Positiven zu verändern.

Das Komitee ist ein freier Zusammenschluss von politisch aktiven Menschen, die sich ungeachtet der Vorbildung oder Gruppenzugehörigkeit basisdemokratisch verständigen. Entscheidungen werden im Konsens gefällt und es gehört zum Selbstverständnis, Menschen in die Diskussionen zu integrieren und sämtliche Einstiegshürden möglichst niedrig zu halten. Mit diesem Selbstanspruch laden wir alle Menschen herzlich ein, sich das Komitee einmal anzuschauen, um neue Themenfelder kennenzulernen und selbst welche einzubringen.

Wenn wir Euch begeistern konnten, seid Ihr eingeladen, Montags um 17.30 Uhr in den AStA der TU Darmstadt zu kommen und Euch zu engagieren.

Mehr Informationen zu Aktionen, Ideen und Kritik findet Ihr unter: [www.komitee-darmstadt.de](http://www.komitee-darmstadt.de)



Protestfreudige Studentinnen und Studenten in Darmstadt

Foto: Jan-Martin Steitz

## Die DGB-Hochschulgruppe

Ein Vierklang der Themengebiete Studium, Gesellschaft, Arbeitswelt und Gewerkschaft

Was haben eigentlich Gewerkschaften mit dem studentischen Alltag an Uni und Hochschule zu tun, wo doch die Problemlagen und Konflikte des Arbeitslebens noch - oder wieder - fern sind? Erstens ist für viele die Frage der eigenen arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung auch während des Studiums ein Thema, insbesondere bei der Studienfinanzierung durch Jobben, aber auch beim Absolvieren von Praktika, als studentische Hilfskraft. Zweitens finden sich die Allermeisten, spätestens mit dem Abschluss, als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer als Teil der Arbeitswelt wieder.

Gewerkschaftliches Engagement an Hochschulen bedeutet allerdings nicht nur, sich

für aktuelle oder zukünftige Arbeitstätigkeiten zu wappnen, sondern vor allen Dingen, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu ergründen und damit verknüpfte Konflikte anzusprechen. Deshalb sind Studien- und Lernbedingungen an Uni und Hochschule bei uns ebenso ein Thema, wie die Wohnungsknappheit oder die internationale Finanzkrise.

Um für diese und andere gewerkschaftliche Aktionsfelder einen Arbeitszusammenhang zu schaffen, haben wir im Sommer 2011 eine DGB-Hochschulgruppe für Studentinnen und Studenten der TU, der Hochschule Darmstadt und der Evangelischen Hochschule Darmstadt gegründet und sind bereits mehrfach in Erscheinung getreten. Wir verstehen

uns als überparteilicher Zusammenschluss, der unabhängig von der Interessenvertretung im Studierendenparlament aktiv ist.

Wir wollen gemeinsam u.a.:

- aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft und insbesondere der Arbeitswelt einschätzen
- relevante soziale Konflikte einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen
- Einblicke in die betriebliche Interessenvertretung eröffnen und
- Veranstaltungen zu gewerkschaftlichen Themen organisieren

Interesse? Dann schau doch bei unserem nächsten Treffen vorbei und/oder schreib uns eine E-Mail an: [Sascha.Schmidt@dgb.de](mailto:Sascha.Schmidt@dgb.de)  
DGB-Jugendbüro Südhessen

Anzeige

**BLOCKUPY FRANKFURT**  
europäische Aktionstage 16.-19. Mai



vorstellung hochschulgruppen 5

## M31 – Bericht zur antikapitalistischen Demo am 31. März in Frankfurt



Dokumentiert: Aufruf zum M31-Aktionstag

Foto: strassenstriche@flickr

Am 31. März fand eine antikapitalistische Demo in Frankfurt im Rahmen des „European day of action against capitalism“, M31, statt. Erklärtes Ziel des M31-Bündnis ist es, den Kapitalismus zu überwinden, statt zu reformieren.

Im Mittelpunkt der Kritik stand die autoritäre Krisenpolitik der Troika aus Europäischer Union, Europäische Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond, die ohne bürgerlich-demokratische Legitimation einzelnen Staaten tiefgreifende Sparprogramme auferlegen. Die daraus resultierende Situation in Griechenland und Spanien ist fatal, die Lebensbedingungen verschärfen sich immer weiter. Beispielsweise im Gesundheitssektor: In den Krankenhäusern fehlen Medikamente, medizinische Versorgung muss privat getragen werden – wer nicht genug Geld hat, wird nicht behandelt und bekommt keine Medikamente.

Bei der Demonstration haben sich vor allem antiautoritäre Gruppen, Bündnisse und Gewerkschaften eingebracht. Bundesweit gab es eine hohe Anzahl an lokalen Bündnissen, die für die Fahrt nach Frankfurt mobilisiert und sie organisiert haben.

Im Vorfeld der Demo wurde vereinzelt dazu aufgerufen, die Baustelle der Europäischen Zentralbank, ein riesiges Areal direkt am Main, auf der 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche gearbeitet wird, stillzulegen. Entsprechend vorbereitet war die Polizei. Ein massiver Zaun mit Stacheldraht, Hamburger Gitter und durchgehende Videoüberwachung ließen erwarten, dass das Unterfangen nicht allzu leicht werden würde.

### Die Demo

Letztendlich beteiligten sich am 31.3. alleine in Frankfurt etwa 6000 Menschen. Nach einem gemühtlichen Beginn ohne größere Zwischenfälle am Hauptbahnhof brachten Aktivist\*innen ihre Kritik auch durch gezielte Aktionen wie Farbbeutelwürfe auf Bank-

en, Polizeistationen und Arbeitsagenturen zum Ausdruck. Bis zur EZB-Baustelle kam die Demo aber gar nicht. Kaum aus der Innenstadt und dem Bankenviertel draußen, wurde der hintere Teil der Demo mit etwa 20 Menschen gezielt von Polizist\*innen eingekesselt und von der Demo getrennt. Der verbleibende Demoteil wollte sich nach zweistündigem Warten noch mal in Richtung Innenstadt in Bewegung setzen, wurde allerdings kurz nach dem Loslaufen von der Polizei aufgelöst.

Die anschließende Wut über die umfassenden Repressalien hat Frankfurt eine unruhige Nacht beschert. Unzählige Kleingruppenaktionen endeten erst am nächsten Morgen.

### Repression und Polizeitaktik

Die Präzision des Vorgehens der Frankfurter Polizei wies darauf hin, dass sich die Polizei schon längerfristig auf M31 vorbereitet hat, um zu verhindern, dass die Demo überhaupt die EZB-Baustelle erreicht. Demonstrant\*innen im von Polizist\*innen eingekesselten Teil der Demo wurden mehrere Stunden auf offener Straße festgehalten und nach und nach in Polizeiwachen in ganz Hessen abtransportiert.

Gedächtnisprotokolle werfen darüber hinaus weitere Fragen auf. Während an der EZB noch Stunden vor der Demo parkende Autos abgeschleppt und Baustellenschilder abgebaut wurden, gab es auf der Demostrecke – gerade vor den ersten Ausschreitungen im Bankenviertel Frankfurts – offenbar einzelne Stellen, an denen lose Schilder und Pflastersteine am Straßenrand lagen. Einzelne Aktivist\*innen berichteten auch von Vermummten, die ohne Bezugsgruppe wild entschlossen zum Steinewerfen aufriefen und nachher bei der Kesselung durch Polizist\*innen plötzlich verschwunden waren. Ob es sich dabei um Provokateur\*innen der Polizei oder blinden Aktionismus handelt, ist im Nachhinein schwer zu beurteilen. In die Eskalations- und Massenfestnahmetaktik der Polizei passt es aber allemal.

### Massenfestnahmen und Verletzte

Insgesamt wurden 465 Menschen festgenommen, in Käfige auf Polizeiwachen verfrachtet und mit Anzeigen wegen „schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch“ bedroht. Betroffen sind davon auch viele Aktive aus Darmstadt, u.a. auch im AStA engagierte Menschen. Der in den Medien stark skandalisierte Fall eines Angriffs auf einen Polizisten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Polizeistrategie auf eine Verhinderung der Demo und gezielte Massenfestnahmen konzentrierte. Auch wenn der antiemanzipatorische Angriff auf Menschen zu Recht in der Kritik steht, fehlt die Verhältnismäßigkeit in der Berichterstattung. So ist von 15 verletzten Polizist\*innen die Rede, während sich kein Mensch nach den 150 verletzten Demonstrant\*innen erkundigt.

Das M31-Bündnis hat eine Stellungnahme zu den Ereignisse veröffentlicht:

„In Frankfurt wurde ein deutliches Zeichen gegen die aktuelle deutsche und europäische Krisenpolitik gesetzt. Diese Krisenpolitik soll die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals auf dem Rücken der Lohnabhängigen sanieren. Wegen ein paar kaputter Scheiben hat die Polizei unsere Demonstration brutal angegriffen, dutzende Demonstrant\_innen verletzt und über zweihundert Menschen stundenlang festgesetzt. Das ist angesichts der brutalen Auswirkungen der Sparpolitik für die Menschen in Europa und weltweit absurd. Die militanten Proteste richteten sich direkt gegen Institutionen, die für neoliberale Krisenregulierung und verschärfte Ausbeutung stehen. Der Angriff auf unsere Demonstration wird, wie die Reaktion vieler Demonstrant\_Innen gezeigt hat, unseren Widerstand nicht brechen“

Im Nachgang hat die Polizei eine 25-köpfige Sonderkommission gegründet, um „die Täter zu überführen, die an der Randal beteiligt waren“. Die Rote Hilfe und der Ermittlungsausschuss Frankfurt rufen alle Festgenommenen dazu auf, die Aussage zu verweigern.

# Kommentar des AStA

Die M31-Proteste entstanden mit dem Ziel, eine Kapitalismuskritik anzubringen, die sich nicht an „gierigen Manager\*innen“ oder „faulen Griech\*innen“ abarbeitet, sondern auf die Ursachen der gegenwärtigen „Krise“ und die sich immer weiter verschärfenden Lebensbedingungen eingeht – den Kapitalismus selbst. Entscheidend ist nicht die Profitgier Einzelner, sondern die umfassende Verwertungslogik, die allen gesellschaftlichen Prozessen zugrunde liegt – gerade auch an der Hochschule.

Verkürzte Ansätze einer Kapitalismuskritik gibt es innerhalb der Linken leider allzu oft. Geht es einem Teil der Akteur\*innen nur darum, eine Anschlussfähigkeit zur „Bevölkerung“ herzustellen, werden verkürzte Ansätze teilweise auch mit aller Vehemenz und antisemitisch aufgeladenen Feindbildern vertreten. Dabei geht in der Regel das verlorene, was fundierte Kapitalismuskritik ausmacht: Die etablierte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen. Die klare inhaltliche Positionierung des

M31-Bündnis wurde zwar weitgehend, aber nicht konsequent in die Praxis umgesetzt. So fokussierte sich die Demo und das Aktionskonzept vor allem auf die EZB, die als Symbol für die autoritäre Krisenpolitik der Troika herhalten sollte. Die Demo litt damit an einer absurden Problematik: Einerseits wollte sich das Bündnis nicht auf einzelne Banken beziehen und deren Handlungen in der Kritik hervorheben, andererseits braucht eine Demo auch konkrete Symbole, Anlässe für inhaltliche Beiträge und Orte für Zwischenkundgebungen.

Diesem Zwiespalt ging das Bündnis scheinbar aus dem Weg, indem die EZB nicht als Bank, sondern als politische Akteurin bezeichnet und kritisiert wurde. Ob eine verkürzte Kritik an politischen Institutionen „besser“ als eine an Finanzinstitutionen ist, bleibt dahingestellt.

Mit denen für den 17.-19. Mai angekündigten Protesten unter dem Motto "Blockupy" steht uns ein weiterer Höhepunkt an-

tikapitalistischer Kritik und Praxis bevor. Die breit getragenen Proteste, an denen Aktivist\*innen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen mitarbeiten, werden durch solidarische Aufrufe von Tierrechts-, Friedens-, Umwelt-, Antifa-, antirassistischen und bildungspolitischen Gruppen getragen. Doch mit der Breite geht auch eine inhaltliche Verschwommenheit einher. So laufen sich Teile der Vorbereitungsgruppe schon mal mit „Banken-Bashing“ warm, im gemeinsamen „Konsensaufruf“ fehlt eine Kapitalismuskritik als solche völlig. Dennoch bieten die Proteste mit der geplanten Besetzung des Frankfurter Bankenviertels das Potential, Antikapitalismus mit massenhaftem, zivilen Ungehorsam zu vereinen, wie er bei den Blockaden in Dresden und der Castor Schottern-Kampagne propagiert und umgesetzt wurde.

Wir rufen alle Antikapitalist\*innen und Bildungsprotestierenden dazu auf, die Proteste solidarisch, aber auch kritisch, zu begleiten und zu unterstützen.

## Dokumentiert: M31-Aufruf

Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise in der EU (und global) zu. Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus in Europa zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit diesem Drohszenario werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren. In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die Herrschenden in der EU, ihren Mitglieds- und Beitrittsstaaten setzen auf mehr „Wettbewerb“ und einen brutalen Sparkurs, um das „Vertrauen“ und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Für einen Großteil der Bevölkerung bedeutet dies eine zunehmende Verarmung und Verschärfung ihrer Lebensbedingungen. Es zeigt sich: Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

### Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorte intensiviert. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wach-

tums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. Diese Entwicklung belastet alles: wie wir lernen, wie wir arbeiten, wie wir mit einander umgehen. In den sogenannten „aufstrebenden Märkten“ herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum das nur Privilegierten zu Gute kommt. Die neoliberale Transformation hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht „Gier“ und „Korruption“ einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht. Doch diese Verhältnisse sind von Menschen gemacht und können daher auch von uns verändert werden.

### Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott, und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten „über ihre Verhältnisse gelebt“, und gelten jetzt als „Schuldensünder“. Mit dem Versuch über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen, taten sie was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und den milliarden schweren „Rettungsfonds“ ESM ist an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische „Schuldenbremse“ soll „die Märkte beruhigen“, natürlich zu Lasten der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. Ähnlich ergeht es den ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten, die von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen genötigt werden. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Europas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre

Interessen fast ungehindert durchsetzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern gab es heftigen Protest. Allerdings traten dabei die großen nationalen Gewerkschaften als Schützer ihrer Standortinteressen auf, und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Gleichzeitig sind jedoch überall Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden – hieran gilt es anzuschließen. Denn wenn sich etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

### Unser Leben in unsere Hände

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Kapitalismus, und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Unsere Demonstrationen in Griechenland, Spanien, Deutschland anderen europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren, und einen langen Atem haben. Obwohl die Krise in den europäischen Ländern oft sehr unterschiedlich verläuft, haben wir ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen. „Echte Demokratie“, wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus, ohne Staat und ohne Nationalismus!

## Blockupy Frankfurt 17.-19. Mai

Ein breites Bündnis von Organisationen, Initiativen und Netzwerken mobilisiert für die Tage vom 16. bis 19. Mai zu vielfältigen Aktionstagen nach Frankfurt:

„Wir werden am 17. Mai Anlagen und zentrale Plätze der Stadt besetzen und uns Raum für Diskussion und inhaltlichen Austausch schaffen. Wir werden am 18. Mai den Geschäftsbetrieb der Banken in Frankfurt blockieren, um unsere Wut über die Troika-Politik konkret werden zu lassen. Wir werden uns dann am 19. Mai zu einer großen Demonstration versammeln und die Breite der Proteste sichtbar machen. Aus vielen Ländern und Regionen der Welt werden Menschen nach Frankfurt reisen und sich an den Tagen des Protests beteiligen.“

**Mittwoch**, 16.05. Anreise und Aktionen bei der Sitzung des EZB-Rats

**Donnerstag**, 17.05. Besetzung der Plätze, Versammlungen, Veranstaltungen und Kultur

**Freitag**, 18.05. Blockade der EZB und des Bankenviertels

**Samstag**, 19.05. Internationale Demonstration

Bei den Massenblockaden werden verschiedene Themen im Vordergrund stehen: prekärer Alltag und Verarmung, die Verbindung von Krise und Krieg, Flucht und Migration sowie die Kämpfe gegen Ausbeutung und Rassismus. Dazu werden Gegenstände

und Blockadehilfsmittel wie Krankenhausbetten und Einkaufswagen, Leitern und Schlauchboote, Einrichtungsgegenstände, Papp-Panzer, Transparente, Wollfädenetze und ähnliches genutzt.

Tausende Menschen verschiedenster Hintergründe und Protestkulturen werden sich in vorbereiteten Bezugsgruppen oder im spontanen Swarming an den Protestaktionen beteiligen. Zusammen bringt sie eine übergreifende Solidarität mit allen, die gegen das autoritäre Krisenmanagement Widerstand leisten. Wir rufen deshalb alle Student\*innen der Darmstädter Hochschulen auf, ihrem Protest im Mai Ausdruck zu verleihen.

7

protest

## Intransparent und nicht nachvollziehbar

### Positionspapier des "bündnis für politik- und meinungsfreiheit (bpm)" zum Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) und Copyright

Seit einiger Zeit gibt es Massenproteste gegen das internationale Abkommen ACTA und seine Durchsetzung. Vor allem Anonymus mobilisiert mit unterschiedlichsten Szenarien - von der kompletten Überwachung des Internetverkehrs über Zensur und bis hin zu möglichen Folgen von Verstößen gegen die neuen Regelungen.

#### Was ist ACTA?

Mit ACTA wird das Anti-Counterfeiting Trade Agreement bezeichnet. Die Absicht der Vereinbarung steckt schon im Titel: Eine verbesserte, internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Handels mit gefälschten Produkten. Dazu soll in jedem teilnehmenden Land die Möglichkeit geschaffen werden, in der Gesetzgebung eine Entschädigung für eventuell „entgangene Gewinne“ aufgrund von UrheberInnenrechtsverletzungen und auf Verdacht haftungsfreier Einzug von beteiligten Geräten/Gegenständen festzuschreiben. Ziel ist es laut Vorwort unter anderem, der finanziellen Schädigung „von RechteinhaberInnen, legal arbeitenden Unternehmen“ und der Gefährdung der „nachhaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft“ durch den Vertrieb von „rechtsverletzendem Material“ entgegenzuwirken und zur Durchsetzung der UrheberInnenrechte „wirksame und angemessene Instrumente bereitzustellen, die den unterschiedlichen Rechtssystemen und der unterschiedlichen Rechtspraxis der Vertragsparteien Rechnung tragen“.

Kurz: Es soll den einzelnen Ländern ermöglicht werden, entsprechend ihrer rechtlichen Auslegung, Maßnahmen zum Schutze des UrheberInnenrechts und der dahinterstehenden Unternehmen oder Personen zu schaffen.

#### Inhaltliche Kritik an ACTA

Die Kritik an ACTA macht sich vor allem auf zwei Ebenen fest. Zum einen werden die Inhalte von ACTA, zum anderen die Strukturen kritisiert. In die Diskussion fließen oft auch Punkte ein, die sich auf einen früheren Verhandlungsstand von ACTA beziehen. Im Folgenden versuchen wir daher, die wesentlichen, auf den aktuellen Verhandlungsstand zutreffenden Kritikpunkte zusammenzufassen.

Die Formulierung des Abkommens lässt jedem Land in Sachen Verfolgung und Bestrafung von angeführten „Regelverstößen“ einen großen Spielraum und gibt daraus folgend eine breite Legitimation zur restriktiven Gesetzgebung. Damit schafft ACTA eine Legitimation dafür, was einzelne Staaten in ihrer Gesetzgebung nicht durchsetzen konnten: eine Grundlage zur verschärften Kontrolle des UrheberInnenrechtes und dem Gebrauch des von ihm geschützten Inhalts.

Durch ACTA wird jeglicher „Missbrauch“ dieser Inhalte kriminalisiert: ob vorsätzlich, also mit dem Wunsch der eigenen Bereicherung, oder nicht, spielt keine Rolle mehr.

Neben dem Ansatz, in den Mitgliedsstaaten eine Umsetzung von Minimal Kriterien in verschiedenen Bereichen des UrheberInnenrechtes festzuschreiben, ermöglicht das Abkommen die Einrichtung von Instrumenten der Überwachung und Kontrolle. Ähnliche, teilweise durch Protest ausgesetzte Abkommen wie SOPA sind darin noch konkreter und schreiben schon mögliche Strafen für Regelverletzungen vor. Das ist bei ACTA aber nicht der Fall.

#### Strukturelle Kritik an ACTA

Neben diesem Inhalt wird vor allem die Entstehung und Durchsetzung des Abkommens scharf kritisiert. Seit einigen Jahren verhandelten Regierungen unter strenger Geheimhaltung über die Möglichkeit der internationalen Festschreibung des Copyrights. Ein wesentlicher Impuls für die Verhandlungen ging von den Lobbyverbänden der „Rechteverwertungsindustrie“ aus. Sie drängen schon seit Jahren zu einer immer restriktiveren Gesetzgebung.

Der Verlauf der Verhandlungen wird als bis zuletzt intransparent und für die Öffentlich-

keit nicht nachvollziehbar kritisiert. Bis heute wurden kaum Folgeabschätzungen über die Auswirkungen von ACTA auf Grundrechte durchgeführt.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass ACTA die Erschaffung einer neuen, international agierenden Institution vorsieht, deren Mitglieder durch die Regierungen bestimmt und von LobbyistInnen beraten werden: der ACTA-Ausschuss. Dieser Ausschuss erhält diverse Rechte und ist für die Umsetzung und Auslegung des Abkommens in den Mitgliedsstaaten verantwortlich, außerdem kann er ohne öffentliche Rechtfertigungspflicht Teile des Abkommens auch nach Unterzeichnung noch ändern.

#### Die künstliche Begrenzung der Kreativität

Bei den vielen Diskussionen um den Unsinn von ACTA und die Vorteile einer weniger restriktiven Handhabung des Copyrights geht es den KritikerInnen meist um die daraus folgende Entkriminalisierung der UrheberInnenrechtsverletzungen, z.B. bei sogenannten „illegalen Downloads“. Die Legalisierung des eigenen Handelns ist also eigentliche Motivation für den Protest. Weitergehende Kritikpunkte, wie die künstliche Begrenzung der Kreativität und Vielfalt der Kunst, dienen eher als Überzeugungshilfe. Sie werden als Kritikpunkt zwar leidenschaftlich angeführt, aber nicht zu Ende gedacht.

Bei der künstlichen Begrenzung der Kreativität und Vielfalt von Kunst liegt das eigentliche Problem nämlich viel tiefer, als bei der konkreten Ausgestaltung des Copyrights oder der strafrechtlichen Verfolgung von Copyright-Verletzungen.

#### Was ist Copyright?

Das Copyright bezeichnet das „Recht auf Schutz geistigen Eigentums“ und wird hier als Oberbegriff für jegliches Gesetz und rechtliche Form zum Schutz „geistigen Eigentums“ genutzt. Es regelt die Rechte daran, „Werke“ zu kopieren, zu verändern, aufzuführen und als AutorIn namentlich genannt zu werden. Die Idee dahinter: Durch Kontrolle über und Profit durch das „geschaffene Werk“ werden Menschen motiviert, Neues zu kreieren. Letztendlich soll dadurch eine Vielfalt an Ideen und ihren Umsetzungen entstehen.

Dahinter steckt aber ein grundsätzlicher Widerspruch: Kontrolle und Profitinteresse sind Ziele, die den Idealen Vielfalt, Kreativität und Freiheit, die grundlegend für eine Kreativität und Vielfalt von Kunst sind, fundamental entgegenstehen.

#### Die Verwertungslogik der Kunst

Letztendlich dient die Kontrolle über „geschaffene Werke“ nur der besseren Wahrnehmung des Profitinteresses. Ein Mensch, der seine geschaffene Kunst nicht verkaufen will, braucht keinen Schutz vor Vervielfältigungen, Fälschungen oder darauf aufbauender Kunst - im Gegenteil: Er freut sich, dass seine Kreativität Anklang findet und Inspiration für weitere Kunst ist. „Kontrolle“ ist nur nötig, wenn es ein Verwertungsinteresse am „geschaffenen Werk“ gibt - sie ist kein Selbstzweck.

Durch das Copyright wird Kunst also völlig auf die Verwertung reduziert, das Copyright legt die Regeln der Verwertung der von Individuen „geschaffenen Werke“ fest. Es teilt

die Menschen in die Kategorien „Schaffende“ und „Nutzende“, die jeweils einzelnen „Werken“ zugeschrieben werden.

#### Die Praxis

Die Auswirkungen sind absurd: Statt allen Menschen den Spielraum einzuräumen, ihren Ideen und Vorstellungen freien Lauf zu lassen, haben Einzelne plötzlich einen Eigentumsanspruch auf „ihre“ Ideen, wie zum Beispiel die AutorInnen dieses Textes auf eben diesen. Mit der Grenze, ab wann eine Idee so „besonders“ oder „speziell“ ist, dass sie dem Copyright unterliegt, wird ein willkürlicher Rahmen geschaffen, der ganze auf die Idee folgende Gedankenstränge verbietet.

Die mit dem Copyright geschaffene Verwertungsindustrie hat ihre einzige Aufgabe - die Verwertung von Kunst - perfektioniert. Sie stellt einzelne KünstlerInnen - die „Stars“ - in den Vordergrund, um möglichst massenkompatible Kunst so gewinnbringend wie möglich zu verwerten. Mit den bestehenden Verteilungsmechanismen, wie dem der GEMA, werden „Stars“ bei der Verteilung der Einnahmen systematisch bevorteilt, während weniger bekannte KünstlerInnen das Nachsehen haben. Die GEMA-Struktur bildet also auch ziemlich genau die gesellschaftliche Struktur ab. Kreativität und Vielfalt der Kunst treten dabei wie selbstverständlich in den Hintergrund.

#### Creative Commons - Der erste Schritt?!

Bleibt die Frage, ob alternative, gegen das Copyright gerichtete Ansätze wie Creative Commons oder Copyleft helfen, der Verwertungslogik zu entgehen. Fakt ist, dass vielen „geschaffenen Werken“, die unter den genannten Lizenzen verbreitet werden, ein gegen die Verwertung von Kunst gerichteter Gedanke innewohnt. Kreativität und Vielfalt der Kunst sind dort das eigentlich Ziel, weshalb möglichst einschränkungslose Lizenzen, die viele Freiheiten gewähren, gewählt werden.

Die bereits angebrachte Kritik, dass dieser Ansatz nicht zu Ende gedacht wird, trifft aber auch hier zu. Die Kategorien von Schaffenden und Nutzenden und der Eigentumsanspruch für das „geschaffene Werk“ werden mit einer solchen Lizenznutzung stillschweigend akzeptiert.

#### Zwang zur Verwertung

Damit ist die Forderung der Abschaffung aller Formen des Copyrights wie Patentrecht, Markenrecht und UrheberInnenrecht die logische Konsequenz aus der bestehenden Kritik. Aber auch dieser Ansatz ist nicht tiefgreifend genug: Die Abschaffung des Copyrights ändert nämlich noch nichts am grundlegenden Problem der Verwertung. Mit der Abschaffung sind nur die „Verwertungsregeln“ hinüber. Der Zwang zur Verwertung besteht weiterhin.

Den Zwang zur Verwertung kennen wir alle. Es ist der Zwang, arbeiten zu gehen, Miete zu zahlen und zu konsumieren. Dieser Zwang liegt allen gesellschaftlichen Prozessen und unser aller Leben zugrunde, er betrifft alle und steuert unsere Interessen. Dieser Zwang heißt Kapitalismus. Kritik an der Verwertung von Kunst ist zugleich Gesellschaftskritik, denn: Freiheit, Kreativität und Vielfalt von Kunst lassen sich nur mit einer Überwindung der bestehenden Verhältnisse erreichen.



**bpm**

**bündnis für politik- und meinungsfreiheit**



## Spenden - Moderne Ablassbriefe?

Stell dir folgendes Szenario vor: Eine Freundin und du laufen in Darmstadt über den Luisenplatz. Es ist Nachmittag, die Sonne scheint leicht und euch kommt ein fröhlich grinsender Mensch entgegen und fragt, ob ihr einen kleinen Moment Zeit für einen kleinen Vortrag habt. Es geht um das Gute in der Welt und wie ihr beiden die Welt zu einem besseren Ort machen könnt. Ganz einfach, heißt es, ohne Aufwand, Umdenken oder Stress und das alles nur durch eine Unterschrift und das Versprechen, mindestens 10 € monatlich von eurem Taschengeld über eine gewisse Zeit zu spenden.

Aber wo liegt jetzt das Problem? Nun, grundsätzlich ist es eine gute Sache, Menschen helfen zu wollen. Und das um so eher, je mehr sich für gesellschaftliche Zusammenhänge interessiert und dort großer Handlungsbedarf gesehen wird.

Ein Punkt, der aufmerksamen Beobachter\*innen jedoch hart aufstößt, ist das gesamte Auftreten dieser Werbeverkäufer an ihren Hochglanzständen, die versuchen, ein Produkt zum Wohlfühlen zu verkaufen, statt zu mobilisieren und Hilfe von Menschen in Anspruch zu nehmen, um die Welt in ei-

nen besseren Ort zu verwandeln. Wer sich einmal mit dem Thema Verkaufsgespräche auseinandergesetzt hat, wird schnell merken, dass hier, wie sonst auch, ein unreaktives Band abgespielt wird. Wenn ich nebenbei selbst noch mehr Informationen mitnehmen möchte, ist das ok, aber nicht nötig, da sie ja meine Unterstützung in Form von Geld möchten. Dieses Band ist in Wirklichkeit ein Leittext, den die Standbetreuer\*innen auswendig lernen und in Schulungen ausprobieren, genau wie die lockere Art des Gespräches. Ähnliche Leittexte finden sich auch bei Verkaufsgesprächen, die über das Telefon geführt werden oder in sonstigen, direkte Kundenwerbung beinhaltenden Berufen. Dazu kommt, speziell bei den größeren Organisationen, dass diese sich nicht selbst um die Mittelbeschaffung kümmern. Es werden hierfür spezielle Agenturen beauftragt, im Namen der Stiftung, des Vereins oder der Idee neue Quellen zu erschließen. Erstaunlich auch die glaubwürdige Antwort einer jungen Frau, die auf die Frage diesbezüglich hin antwortete, dass sie selbst bei einer Agentur arbeite und nicht Mitglied dessen sei, was sie mir gerade versucht, als etwas sinnvolles anzupreisen.

Dafür sei sie in einer anderen Organisation Mitglied und das sei schließlich genauso gut. „Aha, ja ne is klar. Wieso sollte ich dann gleich explizit hier mein Geld lassen?“, wird sich da gefragt.

Aber all das beantwortet immer noch nicht die Frage, wieso dieses Prinzip im Titel zu einer Art Ablasshandel degradiert wird. Nun, es wird der Welt nicht damit geholfen, wenn bei einer unbekanntem Agentur das Formular unterschrieben wird, einer Organisation Geld zu überweisen. Hierbei fehlt völlig die Auseinandersetzung mit dem Thema, der Wunsch, das Problem zu begreifen und die Ursachen anzugehen, statt die Symptome zu behandeln. Die Welt wird nicht verändert, indem wir die Füße mit der Gewissheit hochlegen, jetzt einen Zettel in der Hand zu haben, der uns bestätigt, unseren Teil beigesteuert zu haben. Wenn ein Individuum einem Kind in einem Kinderdorf hilft, ist das prinzipiell eine gute Sache, allerdings hilft dies keinem Land, einen Bürgerkrieg zu überwinden oder sich langfristig gegen Hungersnöte vorbereiten zu können. Und so wird bei der Symptombekämpfung die eigentliche Wurzel des Übels einfach unter den Teppich gekehrt und kann sich dort weiter ausbreiten.

## Einzwängende Zustände – Freiräume erkämpfen!

Vom Normalzustand an einer überfüllten Hochschule und dem studentischen Umgang damit



Die 68er haben es vorgemacht: Aufstehen gegen unzumutbare Studienbedingungen!

Foto: Archiv

Im letzten Wintersemester sorgten die doppelten Abiturjahrgänge einiger Bundesländer wie Baden-Württemberg und die Abschaffung der Wehrpflicht für eine Überflutung der Hochschulen mit StudentInnen. Damals erklärte Präsident Prömel noch, die TU Darmstadt sei dazu bereit, zu schwimmen, wenn alle Dämme brechen. In Hessen stehen uns die doppelten Abiturjahrgänge im kommenden Wintersemester erst noch bevor, was die Lehr- und Studiensituation noch weiter verschärfen wird. Die Auswirkungen der Massenhochschule auf den Lehrbetrieb sind umfassend. In vielen Studiengängen wurden und werden Zugangsvoraussetzungen eingeführt, die ProfessorInnen ächzen unter den Studierendenmassen und suchen immer neue Wege, um mit den vielen StudentInnen umzugehen.

Exemplarisch dafür steht die Grundlagenvorlesung „Grundlagen der Informatik 2“ (GdI 2) in diesem Sommersemester. Dort hat die Masse an StudentInnen und die Verzweiflung über Kleingruppenarbeiten, bei denen oft aus Zeitmangel abgeschrieben wird, zu einer massiven Überregulierung und Einschrän-

kung der studentischen Freiräume geführt. Wer die Zulassung zur Klausur erhalten möchte, muss in der Vorlesungszeit wöchentlich 1-2 Testate zu theoretischen und praktischen Übungen bewältigen. Ziel dieser Testate mit studentischen TutorInnen ist es nicht, offene Fragen zu klären oder die bearbeiteten Übungen zu besprechen, sondern die TutorInnen von der eigenständigen Bearbeitung der Übungen zu überzeugen. Fehlversuche gibt es maximal zwei - wer nicht erscheint oder dank der Bahn zu spät kommt, riskiert bereits einen. Entschuldigungen müssen schwerwiegende Gründe haben, die nachweisbar sind, was wöchentlichen Klausurbedingungen schon sehr nahe kommt. Doch es geht weiter: Fällt den StudentInnen nicht direkt eine Lösung ein, muss der/die TutorIn das Testat nach der unmittelbar darauf folgenden, nicht akzeptabel beantworteten Nachfrage abbrechen. Bei mehr als zwei Fehlversuchen wird die Klausurzulassung nicht erlangt und das Studium verschiebt sich um ein Jahr.

Das Ziel dieses restriktiven Systems ist klar: Möglichst viele StudentInnen sollen mög-

lichst effizient geprüft und dabei ein Großteil möglichst frühzeitig ausgesiebt werden. So werden sich die Studierendenzahlen und die Belastung der TutorInnen recht schnell reduzieren.

Die Leidtragenden sind natürlich die StudentInnen. Stieg alleine durch die Unterteilung des Studiums in Module mit Einzelprüfungen wegen der Bachelor-Master-Umstellung schon die Belastung für viele StudentInnen an, verstärken die aktuellen Entwicklungen diese Tendenz noch weiter. Mit der Regelung in GdI 2 sind die StudentInnen einem permanenten Druck ausgesetzt und hangeln sich von Woche zu Woche, statt die Themen insgesamt in Angriff zu nehmen und eine übergreifende Perspektive aufzubauen. Alternative Studienverläufe, ehrenamtliches Engagement oder ein Kurzurlaub in der Vorlesungszeit werden so faktisch unmöglich.

Die Alternative zu mehr Stress ist dabei so einfach: Kein Zwang. Dass Einzeltermine mit TutorInnen zur Besprechung der Übungen angeboten werden, ist prinzipiell eine tolle Sache. Im Sinne der StudentInnen wäre es aber vor allem wichtig, die Termine als Angebot zu verstehen und damit eine individuelle Förderung als wünschenswertes Ziel zu definieren und zu verwurzeln. Durch einen Wegfall des Zwangs würde aber gleichzeitig kein Leistungsdruck aufgebaut und alternativen Studienverläufen würde ein Freiraum geboten.

Die Verschulung der Bildung an den Hochschulen mit immer restriktiveren Zwängen, Prüfungen und Anwesenheitslisten, steht den Grundsätzen der Hochschulbildung diametral entgegen. Wissenschaftliche Auseinandersetzung, Reflexionsfähigkeit und Selbstständigkeit spielen kaum noch eine Rolle. Dieser Erkenntnis und den daraus folgenden Konsequenzen müssen sich auch viele ProfessorInnen erst noch klar werden.

Für uns als StudentInnen gibt es trotz der miserablen Situation einen Handlungsspielraum: TutorInnen und GdI 2-StudentInnen SIND StudentInnen. Damit liegt es an den TutorInnen, Freiräume im Studium zu schaffen, Entschuldigungen zu akzeptieren, solidarisch nachzufragen und zu unterstützen, statt rauszuprüfen. Die GdI 2-StudentInnen hingegen tragen die Verantwortung, die TutorInnen auf ihre Spielräume aufmerksam zu machen und ein solidarisches Handeln einzufordern.

Gemeinsam wird es uns gelingen, unser Studium selbst in die Hand zu nehmen und Freiräume zu erkämpfen!

## From Taiwan to Québec – 1 World, 1 Struggle!

Im Folgenden wird etwas detaillierter auf aktuelle Bildungsproteste in Québec und Taiwan eingegangen sowie ein kurzer Überblick gegeben, was weltweit in Sachen Widerstand gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung in den letzten Wochen so passiert ist.



Weltweit machen Studierende ihrer Wut multilingual Luft.

Foto: ISM

### Was geht in Québec?

Zunächst liegt der Schwerpunkt auf dem aktuellen Streik der Student/innen in Québec, der mittlerweile mehr als 300.000 Menschen in der kanadischen Provinz umfasst. Warum das Ganze?

Die Regierung von Québec kündigte in ihrem letzten Haushaltsentwurf für das Jahr 2011-2012 an, Studiengebühren im Laufe der nächsten 5 Jahre schrittweise um 75 Prozent zu erhöhen. Dies sei schließlich nur fair, da Hochschulbildung nichts weiter sei, als eine Investition ins persönliche Humankapital und der Abschluss werde ja in absehbarer Zeit auf dem Arbeitsmarkt re-investiert. Nunja, zum Glück haben noch einige Leute in Québec ein anderes Verständnis von (Hochschul-)Bildung und sind bereit, dafür zu kämpfen.

Somit beteiligten sich bereits am 21. Februar etwa 36.000 Student/innen an einem landesweiten Streik. Im Laufe der nächsten Wochen schlossen sich diesem immer mehr Menschen an. Den vorläufigen Höhepunkt der Streikwelle gegen Studiengebühren markierte eine Großdemo mit knapp 300.000 Eltern, Schüler/innen, Lohnabhängigen, Professor/innen, Erwerbslosen und Student/innen am 22. März in Montréal. Dies war die größte Demonstration in der Geschichte Québecs.

An diesem Tag verlief der Protest ohne Repression seitens der Staatsgewalt. Das war allerdings in den vorangegangenen Wochen nicht immer der Fall. Mehr als 1.000 Student/innen demonstrierten bereits am 07. März in der Innenstadt Montréal. Spezialeinheiten der Polizei (ähnlich wie die vielen von uns bekannten BFE-Truppen) wurden zusammengezogen. Nach einiger Zeit erhielten diese die Anweisung, die Demonstrierenden anzugreifen. Es wurden Schlagstöcke, Tränengas und sogenannte Blendgranaten eingesetzt. Eine Blendgranate – auch Flashbang genannt – ist „eine Granate, die mit einem lauten Knall und sehr hellem Licht explodiert. Personen, die sich in der Nähe des Explosionsbereichs aufhalten, werden dabei kurzzeitig orientierungslos, da Seh- und Hörwahrnehmung stark beeinträchtigt werden.“ (Wikipedia) Bei der Demonstration wurden nicht „nur“ Dutzende Menschen durch Tränengas verletzt, ein Student verlor sein rechtes Auge, als ihn eine Granate im Gesicht traf. Fünf Student/innen wurden verhaf-

tet – und nein, es gab keine kaputte Scheibe oder einen brennenden Mülleimer, die es für viele (leider) als gerechtfertigt erscheinen lassen könnten, Menschen anzugreifen und schwer zu verletzen.

Folgender Auszug aus einem Newsletter der Coalition Large de l'Association pour une Solidarité Syndicale Étudiante (CLASSE), einem Zusammenschluss diverser Gruppen in Québec, die die Proteste mitgestalten, vermittelt einen Eindruck der Situation nach dem Aktionstag:

„Already through our open-ended strike we are exerting incredible economic pressure. Each day of the strike costs the State dearly in administrative costs. The longer the strike lasts, the greater the impact of each day longer on strike. From March 22 onward, we are at a crucial point: the government hopes the strike movement will deflate on its own, but it is also horrified of general assemblies voting to prolong the strike. The strike is starting to become unmanageable for the government and this is exactly what we wish.

After Thursday, we will go to the next level. There will be more protests, more occupations, more and more actions that are disturbing. Students will become more radical. More civil disobedience will be practised.“ (www.linchpin.ca) Bis heute (4. April) befinden sich weiterhin mehr als 300.000 Student/innen in Québec im Streik. Dort wird der Bildungsstreik wörtlich genommen.

Auch in anderen Regionen Kanadas regt sich vermehrt Widerstand gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung. So sabotierten am 02. April Student/innen an der University of Ottawa die alljährliche Sitzung des Board of Governors (BOG – eine Art Mischung aus hiesigem Hochschulrat und Senat), bei welchem regelmäßig die Erhöhung von Studiengebühren diskutiert wird.

Aktuell haben Student/innen in diesem Gremium einen Stimmanteil von 12 Prozent und das auch nur als Resultat von Protesten für mehr Mitbestimmung. Dieses lächerliche Stimmenverhältnis hat jedoch nur wenig mit Partizipation und noch viel weniger mit demokratischen Strukturen an der Hochschule zu tun. Etwa 50 Aktive nahmen an der Sitzung teil, hielten konstruktive Redebeiträge und stellten die Situa-

tion vieler Student/innen dar. Letztendlich sah es jedoch trotzdem so aus, als würde das Gremium für eine Erhöhung von Studiengebühren stimmen. Daraufhin entschlossen sich die anwesenden Aktiven, die Sitzung zu sprengen. Es wurde ein offenes Mikro geschaffen, Banner ausgerollt und viel Lärm gemacht – wenn gerade niemand vom offenen Mikro Gebrauch machte. In Folge dessen wurde die Sitzung abgebrochen und die Abstimmung online verlagert.

In einer E-Mail an den globalen Verteiler der International Student Movement (ISM) Plattform berichtet Iain:

„Our action was a success! We showed the BOG we will not tolerate their continuing efforts to run our university more like a business, and less like the public institution that it is. Many of us have been inspired by the recent action in Quebec, and continue to work in solidarity with students there and across the world.“

### Wie? Taiwan?!

Ja, auch in diesem Teil der Erde organisieren sich vermehrt Menschen gegen die zunehmende Kommerzialisierung von sowie für freie emanzipatorische Bildung.

Ende März kündigte die Regierung von Taiwan die eventuelle Erhöhung von Studiengebühren um 10 Prozent an. Eine Entscheidung sei diesbezüglich bis Ende April zu erwarten. Doch wütende Student/innen und Gewerkschaftsaktive wollten nicht warten und versammelten sich am 26. März zu einer Kundgebung vor dem Ministerium für Bildung (MOE) in Taipeh. Die Aktiven nahmen den Protest nicht nur zum Anlass, sich gegen Studiengebühren auszusprechen, sondern auch ihre Einheit und Verbundenheit mit "sich-für-freie-Bildung-Einsetzenden" weltweit kundzutun, unter anderem mit den Streikenden in Québec.

Es konnte ein starkes mediales Interesse beobachtet werden, mehrere Reden wurden gehalten und die Versammelten ließen sich nicht von der starken Polizeipräsenz einschüchtern. Tsai Chung-yi (蔡忠益), Abteilungsleiter des MOE für „höhere Bildung“, stellte sich den Protestierenden, verbreitete aber nichts als heiße Luft. Eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen und er werde die Bedenken an den Minister weiterleiten. Unzufrieden mit dieser Reaktion des Ministeriums zerrissen die Aktiven ihr großes Plakat mit den aufgeführten Forderungen.

Dieses enthielt die folgenden drei Punkte:

KEINE Erhöhung von Studiengebühren – Studiengebühren sollten stattdessen jährlich gesenkt werden, bis Bildung für alle frei zugänglich ist;

KEINE Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnis darüber, wie hoch Studiengebühren sein sollten – dies würde den Privatisierungsprozess noch weiter vorantreiben;

Höhere Steuern für die High-Tec Industrie sowie die Wohlhabenden der Gesellschaft.

Das Bildungssystem in Taiwan ist – wie in den meisten Ländern Asiens und Afrikas – grundsätzlich anders strukturiert als in den Regionen Europas. Etwa 70 Prozent der Student/innen gehen auf private Einrichtungen, die doppelt so hohe Studiengebühren verlangen, während eine Minderheit von 30 Prozent auf öffentlichen Hochschulen eingeschrieben ist. Öffentliche „Hochschulbildung“ ist nur denjenigen vorbehalten, die besonders gute Noten während ihrer A-levels (vergleichbar mit dem hiesigen Abitur) erhalten und Aufnahmebestanden bestehen. Natürlich müssen die Menschen auch an diesen Einrichtungen das nötige Kleingeld mitbringen. Viele Student/innen in Taiwan sind – wie in vielen anderen Regionen – hoch verschuldet. Jedes Jahr sind ungefähr 400.000 Student/innen gezwungen, Darlehen aufzunehmen, um über die Runden zu kommen.

Die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung ist in diesen Teilen der Erde, nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern auch in



Student/innen und Schüler/innen in Kanada kämpfen für freie Bildung

Foto: ISM

den Köpfen, weit fortgeschritten. Die meisten Menschen scheinen die von Politik und Wirtschaftsverbänden stetig wiederholten Argumentationsmuster - die sich übrigens weltweit gleichen (Stichwörter: leere öffentliche Kassen, Wettbewerbsfähigkeit, „ist ja nur fair“, etc.) - verinnerlicht zu haben und können sich eine Bildung, die nicht primär der Erhöhung des eigenen Humankapitals dient, sondern der Emanzipation des Individuums sowie der Gesellschaft als Ganzes, kaum vorstellen. Trotzdem gibt es einige Aktive, die dies ändern wollen, indem sie einen öffentlichen Diskurs über die Funktion von Bildung anstoßen. Um dies effektiver machen zu können und natürlich gemeinsam weiterhin gegen Studiengebühren zu kämpfen, versammelten sich einige Dutzend Aktive aus ganz Taiwan nach der Protestaktion vor dem Ministerium in Räumlichkeiten

der Fakultät für Sozialwissenschaften an der National Taiwan University (NTU) und initiierten ein Netzwerk: The Anti-Commercialisation of Education Union (反教育商品化聯盟) - Free Education Movement!

Das lässt hoffen. Mal sehen welche Nachrichten als nächstes diesbezüglich aus Taiwan kommen.

Mehr Bilder, Videos und Einzelheiten zu den Entwicklungen in Quebec und Taiwan gibt es auf der Homepage der ISM Plattform: [www.ism-global.net](http://www.ism-global.net)

#### Und sonst so?

Auch andernorts schreitet der Kommerzialisierungsprozess - und somit auch der Wider-

stand dagegen - weiter voran. Hier einige Höhepunkte der letzten Wochen:

15. März:

Santiago (Chile), die Protestbewegung für freie Bildung meldet sich in Chile zurück. Anschließend an die massiven Proteste im letzten Jahr versammelten sich knapp 10.000 Aktive in der Hauptstadt, um an den Widerstand der letzten Monate anzuknüpfen. Spezialeinheiten der Polizei versperrten den Protestierenden den Weg zum Ministerium für Bildung. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen und zum Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken. Mindestens 50 Aktive wurden in Gewahrsam genommen. ([www.bbc.co.uk](http://www.bbc.co.uk))

3. April:

Santa Monica (U.S.A.), etwa 30 Student/innen des Santa Monica College wurden durch den Einsatz von Pfefferspray von der Campus-Polizei verletzt, als diese versuchten, an einer öffentlichen Sitzung des Board of Trustees teilzunehmen. Zwei Student/innen mussten im Krankenhaus behandelt werden.

„Marioly Gomez, 21, said she was standing in a hallway outside the meeting with several hundred other students who wanted to get into the meeting. “I got pepper-sprayed without warning,” she said. Students have been upset over a new plan that involves the formation of a nonprofit foundation which would offer core courses for about \$600 each, or about \$200 per unit — about four times the current price. The program is designed to cope with rising student demand as state funds dwindle.“ ([www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com))

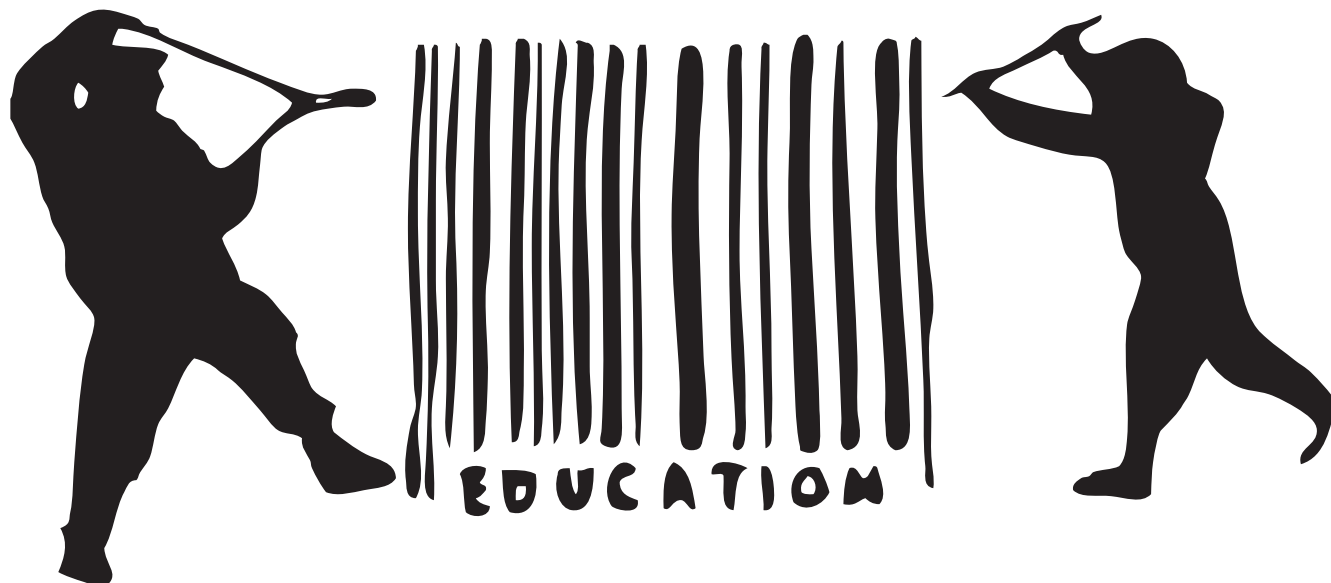
Zamfara (Nigeria), Studentinnen des Federal College of Education, dem einzigen College nur für Frauen im sub-saharischen Raum, gingen am Nachmittag auf die Barrikaden, nachdem das „Sicherheitspersonal“ des College Aktive des National Association of Nigerian Students (NANS), welche zu Besuch kamen, mit Schlagstöcken angriff. In Reaktion jagten hunderte Student/innen die „Sicherheitskräfte“ vom Campus. ([www.dailytimes.com.ng](http://www.dailytimes.com.ng))

4. April:

Sydney (Australien), mehr als 1.500 Student/innen und Angestellte protestierten gegen 360 Stellenstreichungen an der Sydney University. Dutzende besetzten kurzzeitig das Büro des Rektors und Hunderte die Fakultät für Kunst. ([www.news.ninemsn.com.au](http://www.news.ninemsn.com.au))

Belgrad (Serbien), hunderte Student/innen von mehreren Hochschulen demonstrierten für freie Bildung vor dem Ministerium für Bildung in Belgrad. Dies soll der Auftakt für eine stärkere Organisation der Bewegung in Serbien sein. ([www.studentskeborbe.wordpress.com](http://www.studentskeborbe.wordpress.com))

Der Autor hat selbst die Protestbewegung in Taipeh mehrere Tage begleitet und steht für Nachfragen und Kommentare zu Inhalten des Textes gerne bereit: [internationale-vernetzung@asta-marburg.de](mailto:internationale-vernetzung@asta-marburg.de)



**FREE EDUCATION MOVEMENT**

11

protest

## Bologna-Krücken

„Der Master ist Regelabschluss an der TU Darmstadt“, so lautet das Versprechen unserer Universität.

Trotzdem ist die Zulassung zum Master in jedem Studiengang unterschiedlich geregelt. So gibt es keine Hürden in der Physik, aber Notenhürden in der Mechanik und der Chemie. Außerdem finden sich Studiengänge, die auf Nachfrage von Gerhard Schmitt, dem Leiter des Dezernats Hochschulrecht, als „semikonsekutiv“ bezeichnet werden. Wer den Master Technische Biologie oder Biotechnologie (BME) studieren möchte, muss sich, wie alle externen Bewerber\_innen, neu bewerben und ein Eignungsfeststellungsverfahren (EFV) durchlaufen. Auf Nachfrage beteuern die meisten Fachbereiche hingegen, dass sie, egal ob EFV oder Notenhürde, alle oder zumindest fast alle Bachelor-Absolvent\_innen für den Master zulassen würden. Man halte sich allerdings die Option offen, unqualifizierte Studierende gegebenenfalls nicht zuzulassen.

Ein Paragraph, der im Senatsausschuss Lehre immer wieder von den studentischen Mitgliedern angesprochen wird, ist §17a Zugangsvoraussetzung zu Masterstudiengängen. Bei jedem neuen Studiengang und jeder (Re-)Akkreditierung diskutieren wir in den Gremien die Zulassung zum Master erneut. Dabei kommt es jedoch nicht zu einer kontroversen Diskussion, vielmehr sind sich die Mitglieder unserer Universität einig. Warum wird also nicht der jeweilige, grundständige Bachelor-Studiengang als Eingangskompetenz für die Masterzulassung definiert? Durch die Diskussionen in den Gremien werden die eigentlichen Gründe klar - die Gremien und Gesetze, die in Deutschland den Bologna-Prozess umsetzen, stehen dem entgegen.

Die Kultusministerkonferenz, kurz KMK, stellt die These auf, dass der Bachelor „erster Berufsqualifizierender Abschluss“ und „Regelabschluss für Studierende einer Hochschule“ sein soll. Ein weiterer Punkt findet sich auch im HHG wieder: „Nach §20 Abs. 2 Nr. 14 Hessisches Hochschulgesetz sind für die Zulassung zu Masterstudiengängen besonderer [sic!] Zulassungsvoraussetzungen vorzusehen.“ Das Protokoll des Senatsausschuss Lehre stellt klar, was darunter zu verstehen ist: „Das bedeutet, dass allein der zum Masterstudiengang berechtigte Abschluss nicht ausreichen kann.“

Eine studentische Senatorin hat die Diskussion im Senat kürzlich wieder auf den Tisch gebracht. Sie stellte klar, dass die verklausulierten Krücken in den Prüfungsordnungen nur als Übergangsregelung akzeptabel seien und politisch aktiv würde. Diese Frage wurde von Seiten der Professor\_innen aufgenommen. Doch während einige eine klare und einheitliche Lösung an der TU forderten und darauf verwiesen, dass die Autonomie der Universität es erlaube, eine eigene und eindeutige Position zu formulieren, wird dies von anderen Lehrbeauftragten relativiert und es werden verfassungsrechtliche Probleme angeführt.

Das trifft in der Tat zu, sofern Bachelor- und Master-Studium jeweils als einzelner Studiengang betrachtet wird. In diesem Fall wären, nach dem Gleichbehandlungs-Grundsatz, externe wie interne Bewerber\_innen gleich zu

behandeln. Allerdings ist für viele das Studium an der TU Darmstadt erst mit dem Master abgeschlossen und der Bachelor gilt dabei eher als Zwischen-Prüfung oder „Notausstieg“. Deshalb sehen wir die TU Darmstadt in der Pflicht, die Forderung an die Gesetzgeber zu stellen, die strikte Trennung von Bachelor und Master aufzuheben. Wir, als autonome Universität, wollen den Master als Regelabschluss, den Bachelor als Notausstieg und keine bürokratische Hürde dazwischen.

Wir sehen die TU Darmstadt auf dem richtigen Weg, da sie im Gegensatz zu anderen Universitäten den Master als Regelabschluss definiert. Wir fordern aber eine konsequente Umsetzung ihrer Position.

**Die Position der TU Darmstadt** ist dem folgenden Senatsbeschluss vom 08.12.2004 zu entnehmen:

„Universitären Bachelorabsolventen ist das Weiterstudium zum Master grundsätzlich zu ermöglichen, weil in der Regel die erforderliche hohe Qualifikation vorliegt. Jeder Mechanismus, der einem signifikanten Teil erfolgreicher universitärer Bachelorabsolventen das Weiterstudium im Master verwehrt, schädigt die Akzeptanz der neuen Studiengänge bei den Studierenden nachhaltig.“

## Ökonomisierte Weltordnung

Ein Kommentar, wie neue Organisationsansätze die Freiheit von Lehre und Forschung gefährden

„Ökonomisierung? Ja klar, das Wort habe ich schon mal gehört. Das hat doch was mit unserer Ökonomie, also unserer Wirtschaft zu tun, aber wenn du mich jetzt fragst, was das genau sein soll... Also, wie die exakte Definition davon lautet... Keine Ahnung, sorry.“

So oder so ähnlich klingt i.d.R. die Antwort auf die kurze Frage, ob Student\_innen wissen, was Ökonomisierung bedeutet. Manchmal kommt noch eine persönliche positive oder negative Wertung hinzu, aber Informationen zum Umfang, den Bereichen, den Aufgaben der Hochschulen und denen der zahlenden Unternehmen sind allgemein leider nicht bekannt. Bekannt ist hingegen das Credo aus Politik und Medien, dass es sich bei Ökonomisierung um eine wichtige Re-Organisationsmaßnahme handle, die als unumstößliche Wahrheit verkauft wird und zu der es weder eine Alternative geben kann, noch darf.

Unter der Ökonomisierung wird, ganz allgemein, die Umstrukturierung öffentlicher Einrichtungen nach ökonomischen Prinzipien, wie zum Beispiel dem Kosten-Nutzen-Kalkül oder der Profitmaximierung, verstanden. Unabhängig von jeweiligem Sinn oder Unsinn werden pauschale Aussagen, ganz konservativ, sämtlichen Einrichtungen aufgedrückt und damit eine selbstevidente Legitimationsgrundlage geschaffen, die natürlich nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, sondern per se als neue Gesetzmäßigkeit gehandelt und somit verbreitet wird.

Versuchen wir uns ein paar populistische Beispiele anzuschauen: Erstens wurde bei der Umstellung zu den Bachelor- und Masterstudiengängen auch gleich in dem einen oder anderen Fachbereich aufgeräumt und dem erhöhten Betreuungsaufwand der Student\_innen wurde jetzt auch mal mit ökonomischem Stellenabbau begegnet. Die hier üblicherweise genutzten Kampfbegriffe sind Entschlankung und Bürokratieabbau, was selbstverständlich in einigen Fällen zu Aus- und Überlastung einzelner zentraler Einrichtungen für Student\_innen führte.

Zweitens finanziert die US Army, aber auch die deutsche Bundeswehr, zahllose Projekte an deutschen Hochschulen, bei denen die sogenannte Sicherheitstechnologie oder die autonomen Systeme (i.d.R. Dronentechnologie) als unverzichtbare Forschungsschwerpunkte festgehalten werden.

Die Arbeitsergebnisse der kreativen Köpfe kommen zum Beispiel im Mittelmeerraum, unter Federführung von Frontex, zum Einsatz und werden dafür genutzt, Menschen, die vor ethnischer oder politischer Verfolgung, Bürgerkriegen und Hungersnöten flüchten, auch von europäischer Seite her verfolgen und jagen zu können - die „Festung Europa“ macht ihrem Namen damit alle Ehre. Alternativ wird sie gleich an Länder wie Saudi-Arabien, Syrien oder Libyen verkauft. Dort kann die Technologie „Made in Germany“, im Namen von Sicherheit, Stabilität und Versorgung der europäischen Landmasse mit nötigsten Ressourcen, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden.

An dritter Stelle könnten viele weitere Beispiele genannt werden, wie sogenannte Forschungsp Professuren, die, wie der Name schon sagt, Professuren sind, die einen Forschungsschwerpunkt haben. Rechtlich gesehen bedeutet ein Forschungsschwerpunkt dabei in erster Linie, dass Lehre grundsätzlich nicht vorgesehen ist. Diese Stellen werden in der Regel von größeren Firmen ausgeschrieben, die sich davon den Vorteil erhoffen, eine gute Einrichtung, ein hohes Arbeitsniveau und die Kreativität junger Menschen nutzen zu können. Darüber hinaus sollen Student\_innen eingezogen und langfristig an das Unternehmen gebunden werden. So gut es sich auch anhört, dass Unternehmen in Hochschulen investieren, damit diese mehr Professuren haben und die Hochschulen durch diese neue Forschung profitieren können, so falsch ist die Annahme, dass das etwas mit einer ernstgemeinten Unterstützung, also einer ohne Hintergedanken, zu tun habe. Der freie Forschungsgeist hört da auf, wo alle paar Ideen eine neue Verschwiegenheitserklärung

unterzeichnet werden muss, die in der Regel auch noch aussagt, dass alle Ergebnisse dem Unternehmen gehören. Die Freiheit der Lehre geht spätestens da verloren, wo sie, wie im Fall der Forschungsprofessuren, optional wird und ihr allgemein der geringste Stellenwert, hinter allem anderen, beigemessen wird. Nur wenige Professor\_innen geben sich da noch viel Mühe, um gute Skripte, Vorlesungen und Übungen anbieten zu können.

Bis jetzt beteuert unser Präsident, Prof. Dr. Prömel, zwar, dass alle Professuren an der TU Darmstadt lehren müssen(!). Allerdings ist in unseren Augen im Verhältnis von Lehre und Forschung der Lehr-Anteil an unserer Uni bis jetzt immer noch viel zu gering. „Nun ja,“ kann jetzt angebracht werden, „das war zu erwarten, weil es immer Menschen gibt, die grundsätzlich gegen alles sind.“ Wir sagen: Unsere Aufgabe ist es, eine gute und umfangreiche Bildung sicherzustellen, anstatt die Verkaufszahlen irgendwelcher internationaler Großkonzerne zu steigern, die im schlimmsten Fall nicht mal die elementarsten Grundwerte unserer Gesellschaft teilen.

Zuletzt sollte im Zusammenhang mit der deutschen Hochschulwerbung nur noch die kleine Kritik angebracht werden, dass es die Aufgabe von Bund und Ländern sein sollte, für die bestmögliche Ausbildung an deutschen Hochschulen zu sorgen und nicht Aufgabe der Hochschulen, Werbeflächen zu schaffen, durch die dringend benötigte Gelder nun selbst „erwirtschaftet“ werden können. Statt anspruchloser Handy-, Auto- oder Deutsche Bahn-Werbung wären an diesen Stellen Informationen zu den Angeboten und Möglichkeiten dieser Hochschule wünschenswert, die man im Regelfall selbst nicht auf die Schnelle finden kann, aber eigentlich schon immer mal gesucht hat

Eine offene Diskussion zur den Veränderungen im gesamten Bildungswesen ist dringlich nötig. Bewusst verkürzte Ideen aus den Ministerien sind schließlich allenfalls gut, um Engagement in diesen Bereichen zu verhindern.

# Sicherheitsforschung an der TU Darmstadt

Als ich, Nina Eisenhardt, im Oktober letzten Jahres in den AStA gewählt worden bin, habe ich mich entschlossen, das Referat für „Hochschulpolitik und Entmilitarisierung“ zu gründen. Mit welchen Themen ich mich warum auseinander setzte, möchte ich euch im folgenden Artikel näherbringen.

## Im Kontext: Militarisierung der Gesellschaft

„Vom deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ war jahrzehntelang im Rahmen der deutsch-deutschen Verständigung eine Grundüberzeugung, die tief in der Gesellschaft verwurzelt war. Doch heute ist die Bundeswehr in zahlreichen Ländern im Einsatz und führt Kriege zur Sicherung von Ressourcen (VPR 2011: 5). Die Einsätze der Bundeswehr sind abhängig von den Entscheidungen des Parlaments. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wiederum benötigen die Zustimmung ihrer Wählerinnen und Wähler. Die Bundeswehr ist also in ihren Einsätzen abhängig von der Zustimmung und Akzeptanz der Bevölkerung. Wie generiert sie also diese?

Zum einen wirbt die Bundeswehr verstärkt für ihre gute Arbeit im Ausland. In Auslageheften in den ICEs der Deutschen Bahn, bei Infoständen auf Job-Messen und in Schulen, mit Plakatkampagnen und zahlreichen Anzeigen in unterschiedlichsten Magazinen. Zum anderen nutzt die Bundeswehr einen noch viel effektiveren Weg: zivil-militärische Kooperationen. Diese Kooperationen erfüllen für die Bundeswehr zweierlei Zwecke. Einerseits stärkt die Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung das Vertrauen dieser in die Bundeswehr, andererseits kann die Bundeswehr nur so ihr Ziel, sich zu verkleinern, erreichen.

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht muss sich die Bundeswehr zudem nun selbständig um Werbung für den Freiwilligendienst kümmern. Auch deshalb setzt die Bundeswehr derzeit alles daran, ihr Bild in der Öffentlichkeit und die Zustimmung der Bevölkerung zu militärischen Einsätzen im Ausland zu verbessern. Zielgruppe StudentInnen: Bundeswehr an der TU Darmstadt

Ein Beispiel für die genannten zivil-militärischen Kooperationen ist die Zusammenarbeit mit zivilen Hochschulen. Diese finden entweder direkt mit der Bundeswehr, mit dem Verteidigungsministerium (diese Kooperationen wurden von der Bundesregierung als geheim eingestuft) oder mit den beiden Universitäten der Bundeswehr in München und Hamburg statt. StudentInnen gehören zu der bedeutendsten Zielgruppe der Bundeswehr seit der Strukturreform: „Die Personalstrukturreform der Bundeswehr zielt auf Einsatzausrichtung, Effizienzsteigerung und Verschlankung. Daraus leiten sich die Ziele einer Verjüngung des Personalkörpers, der Professionalisierung und der Reduzierung von Personalumfängen ab“ (Arbeitsstab Strukturreform 2011). Werbung zur Personalgewinnung findet auch an der TU Darmstadt statt. So sind beispielsweise Lesezeichen in der ULB mit Werbung vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung bedruckt, das auch auf der Konaktiva vertreten ist.

Die TU Darmstadt betreibt zudem zwei Kooperationen mit Universitäten der Bundeswehr. So arbeitet das Institut für Physikalische Geodäsie mit der Universität der Bundeswehr München zur Entwicklung und Automatisierung von Kalibrierverfahren für GPS Antennen zusammen. Die Tests finden in Hallen der Bundeswehr statt. Dass die Verbesserung des GPS-Systems auch der militärischen Anwendung zugutekommt, wird in einer Präsentation des Instituts deutlich (Becker/Leinen 2005). Diese Forschung ist ein klarer Befund eines Dual-Use Projektes, also dem Problem, dass Forschung sowohl zivil-, als auch wehrtechnisch relevant ist.

Das Fachgebiet „Öffentliches Recht“ kooperiert mit der Universität der Bundeswehr München und diversen Partnern aus einschlägigen Industriezweigen. Inhalt dieser Forschung ist die Frage, welche Faktoren die Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Raum beeinflussen (SIRA 2012). Es muss die Frage gestellt werden, warum sich die Bundeswehr an angeblich ziviler Forschung für innere Sicherheit beteiligt. Dies führt uns in das schwierige Gebiet der Sicherheitsforschung, die ebenfalls der Dual-Use Problematik unterliegt.

## Sicherheitsforschung an der TU Darmstadt

„Dezidierte Rüstungsforschung findet an der TU Darmstadt nicht statt“, so Prof. Dr. Prömel, Präsident der TU Darmstadt. Bei dieser Aussage geht die Sicherheitsforschung jedoch unter, dabei ist diese relevanter denn je. Die Europäische Union stellt von 2007 bis 2013 für die Forschungsförderung im Themenbereich „Sicherheit“ 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung (BMBF 2011). Die Bundesregierung hat seit 2007 über 250 Millionen Euro für „Forschung für zivile Sicherheit“ ausgegeben (BMBF 2012). Wer einen Eindruck über die Reichweite dieser Forschung bekommen möchte, dem sei das Heft mit gleichnamigem Titel des BMBF empfohlen ([www.bmbf.de/pub/forschung\\_fuer\\_zivile\\_sicherheit.pdf](http://www.bmbf.de/pub/forschung_fuer_zivile_sicherheit.pdf)). Das Forschungsspektrum erstreckt sich über die Sicherung von Warenketten, Verkehrsinfrastruktur und Schutz von sensiblen Logistikkonten über das umfangreiche Gebiet der IT-Sicherheit zu Sicherheit bei Massenveranstaltungen, Sicherung der Trinkwasserversorgung und Überwachung im Allgemeinen.

Das weite Feld der Sicherheitsforschung umfasst viele Bereiche, die militärisch relevant sind oder zur Überwachung der Gesellschaft durch den Staat (oder auch durch Unternehmen) dienen. Häufig sind die Profiteure staatlich finanzierter Forschung Unternehmen und außer-universitäre Forschungseinrichtungen. Universitäten bekommen nur einen geringen Teil der Forschungsfinanzierung. Diese Verbünde von zivil forschenden Universitäten und Unternehmen, die militärisch tätig sind, findet sich auch an der TU Darmstadt. Mit dem Center for Advanced Security Research Darmstadt (CASED) ist die TU Darmstadt an einem wichtigen Projekt in Sachen IT-Sicherheit beteiligt, dessen Ausrichtung zivil ist. Zu den „Premiumpartnern“ von CASED gehört AGT Germany. AGT ist nicht nur im Bereich „Anti-Crime Intelligence“ und „Critical Asset & Urban

Security“ tätig - Dinge, die Sicherheit, aber auch Überwachung, im Inland fördern ([de.agt-germany.com](http://de.agt-germany.com)). Genauso sind die Erkenntnisse aber auch bei Auslandseinsätzen nutzbar - ein klassisches Dual-Use Problem. Die Liste des Angebots von AGT International sieht hingegen schon anders aus. Hier tauchen „Borders“ - also Grenzschutz - und ein breites Angebot an Überwachungs- und Verteidigungstechnologie für Nationen, Sicherheits- und Geheimdienste auf ([www.agtinternational.com](http://www.agtinternational.com)).

Dieses Beispiel soll durch seine explizite Nennung nicht an den Pranger stellen, sondern exemplarisch aufzeigen, dass es diese Verbindungen gibt, und dass es sich bei Sicherheitsforschung um einen sehr sensiblen Bereich handelt, bei dem nur durch genaues Hinschauen und kritische Auseinandersetzung eine wirklich zivile Ausrichtung erreicht werden kann.

## Zivilklausel an der TU Darmstadt

Bundesweit engagieren sich StudentInnen, ProfessorInnen und zivilgesellschaftliche Gruppen an Universitäten für die Schaffung von Zivilklauseln. Eine Zivilklausel verbietet explizite militärische Forschung. Kriterien für diese sind die GeldgeberInnen, Thema, Forschungsziel und Methoden, die Veröffentlichungsbereitschaft und die Informationen von Beteiligten (Neef 2012: 2). Zudem schafft eine Zivilklausel eine kritische Öffentlichkeit, um die Dual-Use Problematik zu thematisieren und Bewusstsein für das Thema zu schaffen.

Auch an der TU Darmstadt wird in der Universitätsversammlung über die Implementierung einer Zivilklausel in die Grundordnung diskutiert. Im Juni 2011 wurde von einer statusübergreifenden Gruppe der Antrag auf eine Zivilklausel in der Universitätsversammlung gestellt. Dieser Antrag wurde vertagt, um weiter an der Formulierung zu arbeiten. Der Arbeitskreis hat im Dezember 2011 seine Arbeit aufgenommen und im Sommer soll über die Zivilklausel in der Universitätsversammlung abgestimmt werden.

## Referat für Entmilitarisierung des AStA

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat der AStA der TU Darmstadt im Oktober das Entmilitarisierungsreferat neu gegründet. Dies beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung der Zivilklausel und verfolgt das Ziel, Forschungsprojekte mit militärischem Hintergrund oder Nutzen in die Öffentlichkeit zu bringen, um zu kritischen Diskussionen anzuregen. Eine kritische Auseinandersetzung ist nur möglich, wenn Forschung und beteiligte Akteure bekannt sind. Hierfür hoffe ich auf eine Offenheit von Seiten der universitären Gremien, ProfessorInnen und vor allem der StudentInnen. Wichtig ist mir dabei, die Komplexität von Dual-Use bewusst zu machen, zu zeigen, dass es sich nicht mit dem Satz „ich bin doch auch gegen Krieg“ oder „was ich mache ist zivil“ erledigt hat. Ein Bewusstsein für die untrennbare Verbindung zwischen gesellschaftlichen und technischen Fragen, zwischen ziviler und militärischer Anwendung ist unerlässlich.

Kontakt für Fragen und Meinungen zum Thema Entmilitarisierung: [eisenhardt@asta.tu-darmstadt.de](mailto:eisenhardt@asta.tu-darmstadt.de).

## Quellen:

Arbeitsstab Strukturreform (2011): Neuausrichtung der Bundeswehr: Das Reformbegleitprogramm, URL: <http://tinyurl.com/7rk86j3> (19.3.2012).

Becker, Matthias/Leinen, Stefan (2005): Kinematische Geodäsie und präzise Navigation: Perspektiven durch neue Systeme, URL: <http://tinyurl.com/842jcrz> (19.3.2012).

BMBF (2012): URL: <http://www.bmbf.de/de/6293.php> (23.3.2012).

BMBF (2011): URL: <http://www.bmbf.de/de/13012.php> (23.3.2012).

Neef, Wolfgang (2012): Bemerkungen zur Zivilklausel und ihrer Operationalisierung,

NatWiss e.V. SIRA (2012): [www.sira-security.de](http://www.sira-security.de) VPR (2011): Verteidigungspolitische Richtlinie vom 27.5.2011, URL: <http://tinyurl.com/7omgkvs> (19.3.2011).



So sieht Überwachung in Darmstadt aus

Foto: Jan-Martin Steitz

## Die Geschichte des Internationalen Frauentages

Am 08. März wird der internationale Frauentag begangen. Inzwischen ist er tief im Mainstream der Gesellschaft angekommen. Sogar die BILD feierte diesen Tag, indem sie ihren 300 weiblichen Angestellten frei gab.

Doch war dies schon immer so? Keineswegs. Von seiner Geschichte her ist der internationale Frauentag aus der sozialistischen Arbeiter\_innenbewegung geboren. Im Rahmen eines Treffens der sozialistischen Internationalen im Jahre 1910 fand die 2. Internationale sozialistische Frauenkonferenz statt. Dort berichteten amerikanische Sozialistinnen von einem durchaus erfolgreichen Frauenstreik - einem Kampftag. Durch die Idee und das Engagement von Clara Zetkin beschloß die Versammlung, fortan jedes Jahr einen solchen Frauentag auszurichten. So fand am 19. März 1911 der erste Frauentag in Deutschland statt. Dieser war stark geprägt von der Sozialdemokratie, die parallel existierende, bürgerliche Frauenbewegung nahm nicht teil. Nach dem Erfolg des ersten Frauentages musste in der SPD um eine regelmäßige Durchführung gekämpft werden - mit Erfolg.

Die zentrale Forderung aller Veranstaltungen war das Frauenwahlrecht, doch auch die Systemfrage wurde beständig gestellt. Mit dem ersten Weltkrieg und der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten wurde der Frauentag marginalisiert und vor allem von Friedensaktivist\_innen getragen. Im weiteren Verlauf kam es zur Spaltung der sozialistischen Bewegung und der Gründung der späteren KPD. Diese legte sich relativ schnell auf den 8. März als festes Datum für den Frauentag fest und bezog sich dabei auf einen Streik von Textilarbeiterinnen in Russland. Mit dem 1919 eingeführten Frauenwahlrecht schien für viele in der Sozialdemokratie das Ziel des Frauentages obsolet, so dass erst 1926 wieder ein sozialdemokratischer Frauentag stattfand. Das Datum variierte aber in bewusster Abgrenzung zum kommunistischen. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten wurde der Frauentag nur im Untergrund begangen. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde der Frauentag wiederum zu einem Politikum - diesmal in der Auseinandersetzung der beiden Blöcke.

In der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR wurde der 8. März zum offiziellen Feiertag. Frauen sollten durch Erwerbsarbeit emanzipiert werden, die Arbeitsteilung in Haushalt und Erziehung wurde allerdings nicht hinterfragt. Im westlichen Teil Deutschlands ging es, auch in Abgrenzung zum konkurrierenden System, vor allem um eine Stärkung der traditionellen Rollen und eine Betonung der Geschlechterdifferenz. Der Frauentag wurde von der SPD mit pazifistischer Schwerpunktsetzung bis in die frühen 60er im späten Frühjahr begangen. Ende der 60er Jahre griffen Gewerkschaftsfrauen und die neue Frauenbewegung den Frauentag wieder auf - es dauerte allerdings bis 1982, um ihn im Gewerkschaftsbund durchzusetzen. In der DDR hatte sich der



Frauentag zu einer Art Muttertag entwickelt. Begangen wurde er stark formalisiert mit Geschenken und Kuchen für die Arbeiterinnen. 1993 regten sich nach der Wiedervereinigung erstmals Bestrebungen, einen Frauentag durchzuführen. Trotz anfänglichen Widerstandes der SPD-Frauen, setzte sich der 8. März durch, der inzwischen von vielen Organisationen als internationaler Frauentag begangen wird.

Foto: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ - Frauen in Deutschland, Dänemark, Schweden, Österreich-Ungarn, der Schweiz und in den USA gingen auf die Straße um dieses Recht einzufordern. Heraus mit dem Frauenwahlrecht.

Plakat, Frauentag-Tag 1914, Entwurf: Karl Maria Stadler  
Quelle FES

### SMS-Interview mit Helga Hansen (Bloggerin bei Mädchenmannschaft.net)

**Franzi:**  
Hallo, könntest du dich als Einstieg für unsere Leser\_innen kurz selbst vorstellen?

**Helga:**  
Ich heiße Helga und bin Dipl.-Ing.(FH) und MSc. Feministin seit ich klein war und seit 2009 blogge ich bei der Mädchenmannschaft. Ich lerne gerne neue Sprachen.

**Franzi:**  
Mit eurem Blog bewegt ihr euch im augenscheinlich sehr männerdominierten Internet. Wirkt sich das stark auf die

Diskussionkultur und die allgemeine Rezeption aus?

**Helga:**  
Heute sind Frauen doch fast die Hälfte der Surfer\_innen, aber bei Blogrankings etc. sieht man Männerdominanz leider schon. Und Diskussionskultur...mmmhh...

**Franzi:**  
Wie so häufig ist es vor allem eine Frage der Sichtbarkeit. Hast du da an deinen Unis ähnliche Erfahrungen gemacht?

**Helga:**  
Da war es nicht so ein großes Thema. Ein Bekannter hat sich aber mal beschwert als ein(!) Semester in der Geschichte viele frauenzentrierte Seminare waren.

**Franzi:**  
Unter den Erstsemestern an der TU Darmstadt ist dieses Mal der Frauenanteil ge-

sunken. Warum sind MINT-Fächer immernoch Männerdomänen?

**Helga:**  
Erst gestern hat eine IT-Firma bei einem Hack-a-ton weibliche Bedienung als „Bonusleistung“ für die Teilnehmer(!) angepriesen. Das Bild geht so nicht weg.

**Franzi:**  
Mit Sexismus haben Studentinnen und Dozentinnen oft zu kämpfen. Was sollten die Unis hier tun?

**Helga:**  
Immer wieder: Beschwerden ernst nehmen! Dann: Ansprechpartner\_innen anbieten, best practises durchsetzen, Vorfälle klar verurteilen und Konsequenzen ziehen.

**Franzi:** Ich danke dir für das Interview

# Vegan leben - Nicht nur, weil es gesund ist!

**Wieso essen wir heute noch Fleisch? Ist es überhaupt noch nötig? Welche Nachteile hat der Fleischkonsum? Was sind die Alternativen?**



Fleischgesicht - so glücklich macht der Fleischkonsum

Montage: M. Speck

VegetarierInnen sind Menschen, die nichts vom toten Tier essen. Sie wollen nicht, dass andere leidfähige Lebewesen für ihre Ernährung sterben müssen. VeganerInnen wollen zusätzlich nichts vom lebenden Tier essen oder benutzen. Also neben Fleisch, Ei, Milch und Käse nutzen VeganerInnen auch keine Wolle, Leder, Seide oder Pelz. Sie wollen nicht akzeptieren, dass andere leidfähige Lebewesen als Ressource gebraucht werden, denn auch die Herstellung von Milch, Eiern und Käse macht es nötig, Tiere einzusperren und verhindert viele natürliche Verhaltensweisen.

Vegan Leben ist heutzutage einfacher als je zuvor, gerade in Darmstadt. Selbst in den günstigsten Supermärkten gibt es schon pflanzliche Milch, Würstchen aus Weizen und vegane Fertiggerichte. Es existieren 3 vegane Restaurants in Darmstadt und in Frankfurt hat vor kurzem ein veganes Cafe mit vielen veganen Leckereien eröffnet. Alle 2 Wochen gibt es ein Tierrechtstreffen, jeden ersten Donnerstag im Monat einen veganen Stammtisch im Habibi. Auch engagieren sich Menschen für eine veganfreundliche Mensa. Aber wieso sollte ich überhaupt den Schritt tun, mich vegan zu ernähren?

## Tierrechte

Der wichtigste Grund für den Schritt zum Veganismus sind die Leiden der Tiere in unserer industrialisierten Welt. In Deutschland wurden allein im Jahr 2011 59,3 Millionen Schweine geschlachtet. Um unseren Fleischkonsum zu decken, werden die Tiere heute in riesigen Gruppen gehalten, bei Hühnern können es bis zu 30.000 in einem einzigen Stall sein. Da sie dadurch keine Ordnung untereinander herstellen können und sie durch die Enge starkem Stress ausgesetzt sind, werden Hühnern die empfindlichen Schnäbel und Schweinen die Schwänze abgeschnitten. Die Tiere werden zu Zahnradern in einer Fabrik degradiert, die den Bedürfnissen der Industrialisierung angepasst werden müssen.

Wieso berücksichtigen wir die Interessen von Tieren nicht? Tiere, die wir essen, sind mitunter intelligenter als Hunde, die wir teilweise als Familienmitglieder behandeln. Doch selbst, wenn dies nicht so wäre, sollte die Intelligenz eines Lebewesens wirklich das ausschlaggebende Kriterium sein, ob seine Interessen berücksichtigt werden? Jeremy Bentham, ein utilitaristischer Philosoph, der im 19. Jahrhundert wirkte, schrieb zu diesem Thema: „Es mag der Tag kom-

men, an dem man begreift, dass die Anzahl der Beine, die Behaarung der Haut oder das Ende des Kreuzbeins gleichermaßen ungenügende Argumente sind, um ein empfindendes Wesen dem gleichen Schicksal zu überlassen. Warum soll sonst die unüberwindbare Grenze gerade hier liegen? Ist es die Fähigkeit zu denken oder vielleicht die Fähigkeit zu reden? Aber ein ausgewachsenes Pferd oder ein Hund sind unvergleichlich vernünftiger sowie mitteilbarer Tiere als ein einmonatiger Säugling. Aber angenommen, dies wäre nicht so, was würde das ausmachen? Die Frage ist nicht 'Können sie denken?' oder 'Können sie reden?', sondern 'Können sie leiden?'

Die meisten sind sich darüber einig, dass Tiere nicht unnötig leiden sollten. Doch was bedeutet es eigentlich, unnötig zu leiden? Was macht dieses Wort 'unnötig' in diesem Zusammenhang aus? Man kann sich darauf einigen, dass wenn ein Tier allein aus Spaß, zu unserer Belustigung oder aus purer Gewohnheit leiden muss, man dies dann unnötiges Leiden nennen kann. Doch fast all unsere Nutzung von Tieren ist nach diesem Maßstab unnötig. Fleisch essen wir allein aus Gewohnheit und an der Freude am Geschmack.

## Gesundheit

Die heutige Ernährungswissenschaft ist sich größtenteils einig, dass eine vegane Ernährungsweise gesund ist und wir keine tierischen Nahrungsmittel für eine ausgewogene Ernährung benötigen. Unter anderen sagt die ADA, die größte Vereinigung von Ernährungswissenschaftlern in den USA, zu diesem Thema: "Eine gut geplante vegane oder andere Art der vegetarischen Ernährung ist für jede Lebensphase geeignet, inklusive während der Schwangerschaft, Stillzeit, Kindheit und Pubertät"

Eine oft vorkommende Frage beim Veganismus ist die, woher man denn Eiweiß bekommt. Mit einer veganen Ernährung hat man damit allerdings kaum Probleme. Viel Eiweiß erhält man in einer Mischung aus beispielsweise Getreide, Nüssen und Hülsenfrüchten (also Erbsen, Bohnen, Tofu usw.)

## Umwelt

Gerade in der heutigen Zeit ist die Frage nach der Umwelt sehr wichtig. Lebe ich nachhaltig oder gibt es Punkte in meinem Leben, mit denen ich sehr viel Umweltbelas-

tung verursache? Auch Fleisch schneidet unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit sehr schlecht ab. Um ein Kilo Fleisch zu produzieren, werden bis zu 16 Kg Weizen und Soja für die Fütterung verbraucht. Dabei könnten wir das Weizen und Soja auch direkt selbst essen. Daher geht mit dem Fleischkonsum eine enorm hohe Ressourcenverschwendung einher.

Erst 2010 haben die Vereinten Nationen einen Bericht veröffentlicht, der die Menschen dazu auffordert, ihre Essgewohnheiten in Richtung einer veganen Ernährung zu ändern, denn "[e]s wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen auf die Landwirtschaft aufgrund des dem Bevölkerungswachstum geschuldeten zunehmenden Verbrauchs in bedeutendem Maße anwachsen werden. [...] Eine bedeutende Reduzierung der Auswirkungen würde nur mit einer weitreichenden weltweiten Änderung der Ernährungsweise möglich sein."

## Fleischalternativen

Was ist, wenn jemandem der Geschmack von Fleisch einfach zu gut gefällt, um darauf verzichten zu können? Auch viele VeganerInnen mögen den Geschmack von Fleisch, doch das Schöne ist: Heutzutage muss man nicht mehr darauf verzichten. Schon in Supermärkten gibt es inzwischen pflanzliche Alternativen zu Fleisch. Meist bestehen diese aus Soja oder Tofu, aber auch aus Saitan oder Lupinen. Saitan ist nichts anderes als das Eiweiß aus Weizen und Lupinen sind Pflanzen, die bisher eher als Unkraut bekannt waren, aber inzwischen zu leckerem Essen verarbeitet werden können. Diese Grundzutaten sind dafür zuständig, die Konsistenz von Fleisch nachzuahmen, der Geschmack wird durch das richtige Würzen erreicht. Selbst der Geschmack von echtem Fleisch kommt zu einem großen Teil aus veganen Zutaten: Die richtige Würze und Marinade.

Vielen gefällt Tofu nicht, da es sehr geschmacklos ist. Doch genau das ist der große Vorteil dieses Gerichts. Dadurch, dass es keinen starken Eigengeschmack hat, kann aus Tofu jeglicher Geschmack herausgekitzelt werden. Dazu braucht er einfach nur in einer Marinade eingelegt und daraufhin im Ofen gebacken oder scharf angebraten werden, wodurch eine mit Speck vergleichbare Konsistenz erreicht werden kann. Doch wenn für so etwas keine Zeit da ist, kann man auch einfach auf die inzwischen sehr vielen fertig verpackten Fleischalternativen im Super- oder Biomarkt zurückgreifen.

Wie man sieht, gibt es viele gute Gründe, seine Ernährung vegan zu gestalten, außerdem ist dieser Schritt heute einfacher, als je zuvor. Wenn wir weiterhin Tiere essen, müssen wir den Wert ihres Lebens zwangsläufig herabsetzen. Was gibt uns die Berechtigung dazu? Warum sollten wir solch einen Weg weiterhin gehen, obwohl es heutzutage überhaupt nicht mehr nötig ist, Fleisch zu essen?

Kontakt: euler@asta.tu-darmstadt.de

## Vegane Termine im Raum Darmstadt

### Montag:

19:00 Uhr: vegane Volksküche in der Oettinger Villa

### Mittwoch:

vegane VoKü jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat in der Raumstation Rödelheim, Infos: [www.insel14.de](http://www.insel14.de)

20:00 Uhr: vegane VoKü im Wild West, Mannheim

### Donnerstag:

19:00 Uhr: veganer Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat im Habibi, Darmstadt

## Der Werbemüllkasten



Briefkastenwerbung nervt, macht Arbeit und viel Dreck!

Foto: fr1zz @ flickr

Im Januar kündigte der Springer-Verlag an,lässlich des 60. Geburtstages der BILD jedem Haushalt in Deutschland, einschließlich der Werbeverweigerer/innen, eine kostenlose BILD zukommen zu lassen. Diese Ankündigung hat mittlerweile viel Echo hervorgerufen, das meiste davon war gegen die Aktion gerichtet. Einige Gründe hatten direkt mit der „Zeitung“ zu tun, andere weniger.

### Was ist so problematisch an Briefkastenwerbung und was ist an der BILD so negativ?

Vor dem Studium kaum wahrgenommen, haben viele Student/innen mit ihrer ersten Wohnung auch ihren ersten „eigenen“ Briefkasten bekommen. Gerade in größeren Städten zeigt sich hier ein zunehmendes Phänomen der Briefkastenüberfüllung. Flyer von lokalen Lieferdiensten, das Magazin „Einkauf aktuell“ der Deutschen Post oder auch viele kostenlose Wochenzeitungen, die immer häufiger im Briefkasten aufzufinden sind.

### Großer Briefkasten bedeutet großes Fassungsvermögen

In den meisten Mietshäusern finden sich diese ungebetenen Werbesendungen meist in einem extra Altpapierkorb im Treppenhaus oder auch einfach rund um den Briefkasten wieder, denn die meisten Menschen interessieren sich für die Werbung nicht. Richtig unangenehm wird es nach einem längeren Urlaub. Dann ist der Briefkasten meist überfüllt und der kleinste Teil des Inhalts sind tatsächlich gewünschte Briefsendungen.

Nach aktuellen Schätzungen kommen auf jede/n Einwohner/in Deutschlands durchschnittlich 33kg Werbewerksendungen pro Jahr. Es wird davon ausgegangen, dass 30% bis 50% der Einwohner/innen den Einwurf von Werbung verweigern, hinzu kommen viele gemeinsam lebenden Personen. Dies bedeutet, dass die meisten Briefkästen deutlich mehr Werbung treffen muss. 33kg Papier, das sind etwa 6600 Seiten handelsübliches DIN A4 Kopierpapier (80g/m<sup>2</sup>). Bei etwa 80 Millionen Einwohner/innen in Deutschland errechnet sich hieraus eine Menge von fast 2,64 Millionen Tonnen Papier nur für Werbesendungen.

Nach Berechnungen des kaufda.de Umweltreports von 2009 werden für diese Menge an Papier jährlich 2,7 Millionen Bäume gefällt. Aber auch der Stromverbrauch mit 1,5 Milliarden kWh, der Wasserverbrauch mit 4,62 Milliarden Liter oder das Anfallen von 455.400 Tonnen CO<sup>2</sup> ist nicht zu verachten. Am Schlimmsten ist allerdings die Weiterverarbeitung des Papiers zu Werbezwecken. Umweltschädliche Druckfarben auf Erdölbasis und hohe CO<sup>2</sup>-Ausstöße machen die Werbung aus ökologischer Sicht untragbar.

Alein diese Punkte zeigen, warum ein einfacher Aufkleber wie „Keine Werbung und kostenlose Zeitungen einwerfen“ die Umwelt aktiv schützen kann. Zwar halten sich nicht alle Austräger/innen an das Werbeverbot, dennoch sinkt der Werbeanteil in der täglichen Post dadurch deutlich. Und auch gegen die unbelehrbaren Bot/innen kann einfach und effektiv vorgegangen werden. Mehr dazu in der Box „Wie gegen Werbung vorgehen?“.

Mögen die genannten Punkte nun schon einige von einem Anti-Werbe-Aufkleber überzeugt haben, kommt am 23. Juni noch der Faktor BILD hinzu. Eine Papiersammlung, die schon viele Bezeichnungen, aber in einigen Kreisen selten „Zeitung“ getragen hat. So wurde sie von Judith Holofernes (Wir sind Helden) als „ein gefährliches politisches Instrument – nicht nur ein stark vergrößerndes Fernrohr in den Abgrund, sondern ein bösesartiges Wesen, das Deutschland nicht beschreibt, sondern macht“ bezeichnet.

Günter Wallraff hat ihr zum 50. Geburtstag, also vor zehn Jahren, eine eigene Webseite gewidmet. Dort zeigt er unter anderem auf, welche Schicksale von den einzelnen Artikeln der Zeitung beeinflusst werden können und was BILD im vergangenen Zeitraum alles verzapft hat. Nicht selten wird der Zeitung durch positive oder einseitige Darstellung auch Kriegstreiberei vorgeworfen.

Nutze unser Formular oder den kostenfreien Aufkleber und befreie dich von Werbung und BILD.

### Werbeeinwürfe - wie kann ich meinen Briefkasten und die Umwelt schützen?

#### Unadressierte Einwurfe/Postwurfsendungen

Ein einfaches Schild „Keine Werbung und kostenlose Zeitungen einwerfen“ reicht aus. Einen entsprechenden Aufkleber haben wir für euch erstellt. Diesen erhaltet ihr kostenlos in den AStA Büros. Austräger/innen, die sich nicht an das Werbeverbot halten, können auf verschiedene Weise dazu „gezwungen“ werden. Zu beachten ist aber, dass dies ausschließlich für unadressierte Werbung gilt. Briefträger/innen sind dazu verpflichtet, adressierte Werbung zuzustellen, doch auch dieser kann recht einfach abgeholfen werden. Mehr dazu unter „adressierte Werbung/Werbemails“.

Auch Ausnahmen sind möglich: ihr könnt bspw. ein zusätzliches Schild am Briefkasten anbringen, welche bestimmte Werbung (nicht) eingeworfen werden darf.

Genauer zur rechtlichen Situation von Werbung und weitere Methoden sowie Musterschreiben erhaltet ihr auf [www.asta.tu-darmstadt.de/werbung](http://www.asta.tu-darmstadt.de/werbung). Der Einwurf der

Werbung trotz ausdrücklicher Verweigerung stellt einen Wettbewerbsverstoß dar und kann von anderen Wettbewerbern abgemahnt werden (was sehr teuer ist). Es gibt eine Art übergeordnete Wettbewerbsprüferin, die Wettbewerbszentrale. Wer trotz Aufklebers Werbeeinwürfe erhält, kann die Flyer oder ähnliches an diese senden. Danach wird der Briefkasten keine weiteren Flyer des Unternehmens sehen. Aber Achtung, die Wettbewerbszentrale hat zwei Auflagen, die zu erfüllen sind.

1. Vehemente Weigerung: Es muss sichergestellt sein, dass sich der/die Austräger/in absichtlich und ausdrücklich über das Werbeverbot hinwegsetzt. Dafür müssen mindestens zwei Flyer mit einem gewissen zeitlichen Abstand eingeworfen werden.
2. Dokumentation: Das Einwurfsdatum muss auf den Flyern vermerkt sein und es müssen die Originalflyer an die Zentrale gesendet werden

Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Wettbewerbszentrale gegen die Verteiler/innen vorgehen.

#### Adressierte Werbung/Werbemails

Auch adressierte Werbesendungen sind umweltschädlich und können, meist mit wenig Aufwand, abbestellt werden. Wenn der/die Versender/in ein Unternehmen ist, bei dem etwas bestellt wurde oder eine Mitgliedschaft besteht, so reicht ein einfacher Brief aus, dass keine Werbesendungen mehr zugestellt werden sollen. Versender/innen solcher Werbung sind meist Versandhandelsunternehmen oder Banken. Wenn nicht klar ist, woher der/die Versender/in Deine Daten hat, kann er/sie zur Auskunft verpflichtet werden. Genauere Informationen und Musterschreiben findest du auch hierfür auf [www.asta.tu-darmstadt.de/werbung](http://www.asta.tu-darmstadt.de/werbung)

#### Erfahrungsbericht

Der Autor dieses Artikels hat 2009 begonnen, sich gegen die zunehmenden Mengen an Werbung in Briefkasten aber auch seinem Mailpostfach zu wehren. In weniger als sechs Monaten ist es ihm gelungen, mehr als 80% aller Werbung zu verhindern.

Mittlerweile bekommt er auf seine fast 14 Jahre alte E-Mailadresse nahezu keine Spammails mehr (ausgenommen Potenzmittelwerbung und andere aus Nicht-EU-Ländern stammende Mails, die automatisch im Spamordner landen). Und auch der Briefkasten hat seit fast zwei Jahren keine kostenlose Zeitung mehr gesehen. Werbeflyer oder adressierte Briefe werden immer weniger und sind mittlerweile nur noch sehr selten zwischen der Post zu finden. Die 33kg erreichen seinen Briefkasten, den er sich mit zwei Mitbewohnern teilt, lange nicht.



# BILD Widerspruchsformular

Wenn du weiterhin Werbung aber nicht die BILD erhalten möchtest oder zusätzlich zum Aufkleber gegen die BILD arbeiten möchtest, dann nutze unser Widerspruchsformular. Fülle einfach die notwendigen Stellen (Ort/ Datum, Unterschriftenfeld und die Anschrif-

ten auf der Rückseite) aus und gib den Zettel im ASTa ab oder sende ihn an:  
Axel Springer AG /  
Axel Springer Verlag AG  
Axel-Springer-Platz 1  
20350 Hamburg

Alternativ kannst du auch das Online-Formular von Campact.de nutzen: [www.campact.de/bild/ml1/mailer](http://www.campact.de/bild/ml1/mailer)

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

## - media impact, BILD (Sonderausgabe)

Sehr geehrte Damen und Herren,

sie kündigten Ihren Werbekunden an, am 23.06.2012 die von Ihnen verlegte BILD-Zeitung kostenlos in einer Sonderausgabe an alle Haushalte in Deutschland zu verschenken. Betroffen seien 41 Millionen Haushalte, "inklusive Werbeverweigerer."

Ich möchte die BILD-Zeitung nicht geschenkt bekommen, weder als Sonder-, noch als reguläre Ausgabe.

Ich untersage Ihnen daher die unerwünschte Zustellung der Zeitung ausdrücklich und fordere Sie auf, es zu unterlassen, mir auf die auf der Rückseite genannten Anschriften am 23.06.2012 (oder an einem anderen Tag) ohne meine vorherige Einwilligung eine Ausgabe der BILD-Zeitung oder sonstige Werbung zuzustellen oder in den Briefkasten einzulegen oder durch Dritte zustellen zu lassen oder in den Briefkasten einlegen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

## - media impact, BILD (Sonderausgabe)

Sehr geehrte Damen und Herren,

sie kündigten Ihren Werbekunden an, am 23.06.2012 die von Ihnen verlegte BILD-Zeitung kostenlos in einer Sonderausgabe an alle Haushalte in Deutschland zu verschenken. Betroffen seien 41 Millionen Haushalte, "inklusive Werbeverweigerer."

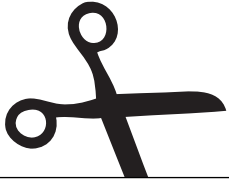
Ich möchte die BILD-Zeitung nicht geschenkt bekommen, weder als Sonder-, noch als reguläre Ausgabe.

Ich untersage Ihnen daher die unerwünschte Zustellung der Zeitung ausdrücklich und fordere Sie auf, es zu unterlassen, mir auf die auf der Rückseite genannten Anschriften am 23.06.2012 (oder an einem anderen Tag) ohne meine vorherige Einwilligung eine Ausgabe der BILD-Zeitung oder sonstige Werbung zuzustellen oder in den Briefkasten einzulegen oder durch Dritte zustellen zu lassen oder in den Briefkasten einlegen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_

In diese Felder könnt ihr die Anschriften eintragen, für die ihr die Zustellung der BILD-Zeitung widersprechen wollt.



Adresse:	Adresse:
Adresse:	Adresse:

Adresse:	Adresse:
Adresse:	Adresse:

# Anarcho-Syndikalistische Jugend – Libertäre Sozialist\_innen Darmstadt



Die Basis unserer politischen Ziele ist die Überzeugung, dass alle Menschen in der Lage sind, in einer solidarischen Gesellschaft emanzipatorisch, gleichberechtigt, tolerant und respektvoll miteinander in gegenseitiger Unterstützung leben können.

Wir streben nach einem gewaltfreien, basisdemokratischen und in allen Bereichen selbstverwalteten Leben, da wir jegliche Formen von Zwängen und Hierarchien ablehnen. Das bedeutet, dass niemand weder seine/ihre Stärken noch die Schwächen anderer ausnutzt, weshalb sich für uns zwangsläufig

die Auflösung bzw. die Belanglosigkeit des Eigentumsbegriffs ergibt. Innerhalb der Gruppe wird basisdemokratisch und durch Konsensfindung entschieden und gehandelt, nicht nach bloßem Mehrheitsrecht. Wir möchten im Kleinen das praktizieren, was wir uns für die gesamte Gesellschaft erhoffen. Außerdem wollen wir einen von Parteien, etablierten Gewerkschaften und Verbänden unabhängigen Raum für politische Arbeit und Diskussionen schaffen, in dem ein offener Prozess der (politischen) Selbstfindung und Reflexion möglich ist.

Die Gruppe und ihre Arbeit bzw. politische Ausrichtung soll dabei immer offen und dynamisch bleiben, eben abhängig von den Menschen, die sich in ihr engagieren. Unsere o.g. Grundeinstellung sehen wir im Anarchosyndikalismus definiert, verneinen jedoch jede Form von Dogmatismus. Somit stehen wir der „Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union“ sehr nahe. Wir sehen uns dabei aber nicht als Konkurrenz, sondern vielmehr als Ergänzung, da wir unseren Schwerpunkt auf den Alltag und die Lebenswelt von jungen Menschen legen.

Alles für Alle! Für die soziale Revolution!  
Kontakt: [asjlsd@yahoo.de](mailto:asjlsd@yahoo.de)  
Homepage: <http://asjda.blogspot.de>

## Anarchismus

„In jeder Tasche eine Bombe, angefüllt mit Dynamit, den Mordstahl in der einen, die Brandfackel in der anderen Hand- so stellt sich ein Gegner des Anarchismus in der Regel einen Anarchisten vor.“<sup>1</sup> Die Diffamierung und/oder Gleichsetzung von Anarchismus mit Chaos und Gewalt hat seit seiner Entstehung als sozialrevolutionäre Bewegung im 19. Jahrhundert nicht nachgelassen und wird auch heute noch bewusst eingesetzt, um den Anarchismus als politische Bewegung zu diskreditieren. Im Gegensatz zur gängigen Übersetzung bedeutet das griechische Wort „anarchia“ nicht Chaos, sondern „ohne Herrschaft“. Trotz den verschiedenen Richtungen innerhalb des Anarchismus, bildet die Herrschaftslosigkeit das übergeordnete politische Ziel. Die Kritik richtet sich somit gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Zentraler Gegenstand des Anarchismus ist dabei das Individuum, das durch seine Befreiung von sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Zwängen in die körperliche und geistige Eigenständigkeit überführt, sprich: emanzipiert werden soll.

1 Zit.nach: Grosche, Monika: Anarchismus und Revolution, Moers 2003. S.8]

## uebergeuehr

Uebergeuehr ist eine Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, über Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik zu informieren und Aktive zu vernetzen.

Wir betreiben eine Internetseite, die über bildungspolitische Ereignisse berichtet und eine Vielfalt an Hintergrundartikeln zu verschiedenen Themen wie Bildungsfinanzierung, Hochschulreform, Studiengebühren und Mitbestimmung im Bildungssystem bereitstellt. Dabei werden Informationen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengetragen sowie Neuigkeiten und Pressemitteilungen veröffentlicht.

Darüber hinaus unterstützen wir politische Gruppen durch eine automatisierte technische Infrastruktur, die den Gruppen Zeit und notwendiges Know-How erspart. Diese Infrastruktur reicht von Homepages über Mailinglisten bis zu Mailadressen. Zentral und gruppenübergreifend stellen wir Instant-Messenger-Dienste wie Jabber, Voice-Chat-Systeme wie Mumble und das weit verbreitete Etherpad zur Verfügung. Zudem bietet Uebergeuehr Workshops zu den Themen "Betreiben von Internet-Webseiten", "Sichere Kommunikation" und "Radio Machen im Internet" an.

Uebergeuehr entstand 2003 als Informationsportal der Darmstädter ASten gegen die Einführung von Langzeitstudiengebühren.

Wenig später, im Jahr 2004, wendete sich Uebergeuehr gegen die Entdemokratisierungsbestrebungen der hessischen Landesregierung durch die Einführung der 25%-Klausel. Auch die zentrale Informationsseite im Kampf gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in Hessen wurde 2005 von Uebergeuehr übernommen.

2007 unterstützte Uebergeuehr dann die hessische Verfassungsklage durch Erstellung und Betrieb einer Kampagnen-Homepage. Nachdem die bundesweite Bildungsstreikseite unter der Last von zehntausenden Besucher\_innen zusammengebrochen war, übernahm Uebergeuehr dann 2009 deren Betrieb. Gleichzeitig wurde die Informationsplattform modernisiert und auf einen wissensbasierten Ansatz umgestellt. Seit 2011 entwickelt Uebergeuehr ein System, um die technische Infrastruktur für politische Gruppen automatisiert bereitstellen zu können.

Derzeit sind wir dabei, eine Redaktionsgruppe aufzubauen, um aktuelle Hintergrundberichte und -artikel rund um Bildungs- und Gesellschaftspolitik zu veröffentlichen. Dazu seid auch ihr gefragt! Meldet euch unter: [vorstand@uebergeuehr.de](mailto:vorstand@uebergeuehr.de) oder schaut im uebergeuehr-Raum im AStA vorbei!

Homepage: [www.uebergeuehr.de](http://www.uebergeuehr.de)

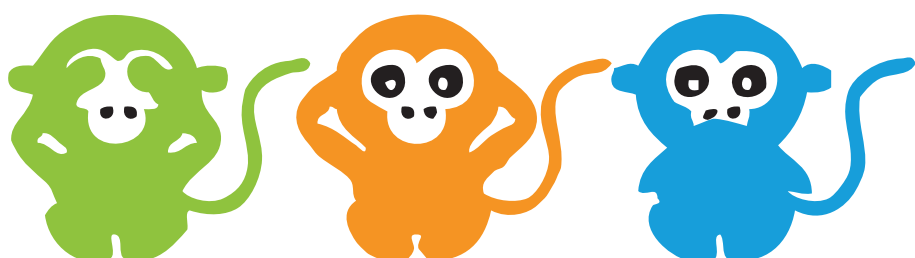


## Save Animals

Save Animals ist eine ursprünglich luxemburgische Tierrechtsgruppe, die sich nun auch in Darmstadt gründet. Wir sind der Überzeugung, dass allen leidensfähigen Individuen zumindest das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Freiheit zusteht. Deshalb setzen wir uns aktiv für die Umsetzung dieser Rechte und gegen die Ausbeutung von Menschen, nichtmenschlichen Tieren und der Umwelt ein. Mit Hilfe von Infoständen, Demonstrationen und Essensständen wollen wir alle über die vegane Lebensweise informieren, weil dies der einzige Weg ist wofür keine Tiere ausgebeutet und ermordet werden.

Wir beteiligen uns aktiv an der „Meat is Murder“-Kampagne, wie auch an der "vegan campaign". Save Animals besteht ausschließlich aus ehrenamtlichen Aktivist\_innen und die Arbeit des Vereins wird durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. Wir freuen uns immer, wenn weitere Personen uns aktiv im Kampf für mehr Rechte für alle Lebewesen unterstützen möchten. Am meisten wird den Tieren und der Umwelt aber dadurch geholfen, wenn Menschen den Schritt zur veganen Lebensweise schaffen.

# SAVE Animals



## 603qm – Ein Projekt wird Erwachsen



Wir tranken Kaffee mit älteren Männern und machten Fotos.

Foto: Susann Weißheit

Es ist kurz nach zehn Uhr und einer der ersten sonnigen Tage des Jahres. Im 603qm ist an diesem Morgen bereits erstaunlich früher Betrieb. Auf Einladung des AStA und der Universität haben sich verschiedene Pressevertreter\_innen und einige Fachschaffler\_innen im 603qm zusammengefunden, um Informationen über die Zukunft des 603qm zu erhalten. Auch einige Mitarbeiter\_innen des 603qm sind anwesend, als Vertreter\_innen der TU, des AStA und des 603qm die Neuigkeiten bekannt geben.

Wir erinnern uns: Das 603qm musste kurz vor Silvester für Abendveranstaltungen geschlossen werden. Wiederholte Beschwerden der Anwohner\_innen hatten das Ordnungsamt dazu veranlasst, den Veranstaltungsbetrieb stark einzuschränken. Seitdem waren sämtliche Abendveranstaltungen weggefallen, da kein Alkohol mehr im 603qm ausgeschenkt werden durfte.

### Die ernüchternde Botschaft

Mit der Pressemitteilung erhofften sich alle Beteiligten einen baldigen Ausweg aus der aktuellen Situation. Der Kanzler der TU Darmstadt, Manfred Efinger, eröffnete die Konferenz und kam ohne Umschweife auf den Punkt. In den jetzigen Räumlichkeiten ist kein weiterer Veranstaltungsbetrieb möglich. Auch eine Renovierung des alten und baufälligen Gebäudes ist seitens der TU nicht geplant. Zu groß wären die finanziellen Hürden. Gemeinsam mit AStA und 603qm konnte allerdings eine Lösung gefunden werden, mit der alle Parteien leben können.

Die als 603qm bekannte Stoeferlehalle wird abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Dieses neue Gebäude soll auch wieder ausreichend Platz für das 603qm bieten, aber auch Lernflächen und Büroräume bieten. Geplant ist ein fünfstöckiges „Verfügungsbauwerk“, das in L-Form zwischen Mensa und Audimax entstehen soll. Die Kosten werden sich auf mehr als zwölf Millionen Euro belaufen, von denen ein entsprechender Teil auf die Räumlichkeiten des 603qm entfallen wird. Die Studierendenschaft soll sich an dem Projekt mit 90.000€ beteiligen. Wann und zu welchen Bedingungen das Geld investiert wird, muss aber erst in einer der nächsten Sitzungen des Studierendenparlaments entschieden werden.

### Was war und was ist...

Der Abriss des geschichtsträchtigen Gebäudes ist für Anfang 2013 geplant. Das 1952 für den Fachbereich Maschinenbau errichtete Gebäude wurde vom verantwortlichen Professor Stöferle betrieben. Nach seinem Tod wurde die Halle „Stoeferlehalle“ ge-

nannt. Nach dem Umzug eines großen Teils des Fachbereichs auf die Lichtwiese wurde der überwiegende Teil der Halle nicht mehr genutzt. Lediglich ein kleiner Bereich, der „Bunker“ (so genannt wegen seiner dicken Betonwände), wurde bis vor einiger Zeit noch für Maschinenakustik-Experimente verwendet.

Die Stoeferlehalle sollte schließlich Übergangsweise als Mensa genutzt werden. Bei Sicherheitsüberprüfungen stellte sich allerdings heraus, dass das Dach der Halle schwer beschädigt war und eine Erneuerung nicht lohnenswert erschien. Die Halle stand nun mehrere Jahre lang leer und sollte abgerissen werden. Während des Hochschulstreiks im November 1997 hatten der damalige Hochschulpräsident Johann-Dietrich Wörner und sein Dezernent für studentische Angelegenheiten, Winfried Seidel, die Idee, den Student\_innen die Halle als Freiraum und Veranstaltungszentrum anzubieten. In einer der vielen Verhandlungen zwischen Hochschulverwaltung und Student\_innen berichtete er von seinem Plan und so fanden sich am Rand des Streiks einige Student\_innen zum Arbeitskreis Stoeferlehalle (kurz: AK) zusammen.

In Folge des studentischen Interesses wurde das Hallendach 1998 komplett erneuert. Nach der Sanierung begannen, koordiniert durch eine Architekturgruppe, die Arbeiten zu konzeptioneller Gestaltung und Innenausbau der Stoeferlehalle, sodass schließlich 2003 das 603qm offiziell eröffnen konnte.

Offenbar füllte das 603qm eine bestehende Lücke im Darmstädter Nacht- und Kulturleben, denn das Projekt wuchs bereits in den ersten Jahren mit rasantem Tempo. Mit zunehmender Veranstaltungsdichte und einigen personellen Wechseln auf beiden Seiten, blieb die notwendige Kommunikation zwischen AStA und AK irgendwann auf der Strecke. Als gewerbliches Referat des AStA besitzt das 603qm zwar einen eigenen Haushalt und ist somit finanziell eigenständig, da es jedoch Subventionen aus Geldern der Studierendenschaft für den Kulturbetrieb benötigt, ist eine Rückkopplung an den AStA notwendig.

Auch die Idee der Anfangszeit, auf ein vollständig flexibles Raumkonzept zu setzen, wurde nicht an die Entwicklung angepasst. War sie ursprünglich für eine breite Basis von ehrenamtlichem Engagement für die einzelnen Veranstaltungsreihen angedacht, sorgte sie später für einen hohen Personalaufwand bei großteils professionalisierter Lohnarbeit. 2009 kam dann ein harter Schnitt. Der AK war nun nicht mehr das verwaltende Gremium des 603qm. Stattdessen wurde gemeinsam

mit dem AStA eine neue Struktur erarbeitet, die Verantwortungsbereiche innerhalb des Projekts klar aufgeteilt und eine dauerhafte Anbindung an die Studierendenschaft gewährleistet. Inzwischen tagt regelmäßig ein Gremium, das paritätisch von AStA und 603qm besetzt wird und die Rahmenbedingungen für die Fortentwicklung des Projekts aufstellt, damit dies in beiderseitigem Sinne geschieht.

Nur durch das große ehrenamtliche Engagement können die vielen kreativen Ideen umgesetzt werden, die die Veranstaltungen sympathisch und einzigartig machen und einen studentischen Veranstaltungsort von kommerziellen Alternativen unterscheiden. Neustart?!

Doch die beste Struktur hilft nicht, wenn der Betrieb nicht wie geplant geführt werden kann und so wurde sich unter der Last der Auflagen schweren Herzens auf einen „Neustart“ des Projekts in neuen Räumlichkeiten geeinigt.

Doch auch dies ist nicht so einfach gesagt, wie getan. Mit der Universität musste besprochen werden, wie die neue Halle gestaltet wird, was in der Übergangszeit passiert und welche Rolle die Beteiligten spielen sollen.

In längeren Verhandlungen mit der Universität hat man sich auf einen sogenannten Letter of Intent (kurz: LoI; neudeutsch für Absichtserklärung) verständigt. Dieser legt fest, dass alle Baumaßnahmen einvernehmlich abgesprochen werden. Weiter wird dort bestimmt, dass zumindest der Cafébetrieb auch während der Abriss- und Bauphase erhalten werden muss. Ihr müsst also zu keiner Zeit auf euren Kaffee nach der Mensa verzichten.

### Schirm, Charme und Zitrone

Die größte Befürchtung, die viele Fans, aber auch alle Beteiligten des Projekts jetzt noch haben, bezieht sich auf den alten Charme und die einzigartige Atmosphäre, die die alte Halle bietet. Doch wir sind zuversichtlich, dass wir auch den neuen Räumlichkeiten einen eigenen, unvergleichlichen Charakter einhauchen können. Dann können voraussichtlich gegen Ende 2014 die Tore zum neuen 603qm geöffnet werden und auch lange geöffnet bleiben. Ein Betrieb für die nächsten zehn Jahre ab Einzug wurde im LoI bereits zugesichert.

### Urabstimmung zu den Bauplänen - Dein „JA“ zum 603qm!

Vorraussichtlich wird es im Zuge der Hochschulwahlen, vom 18. bis 21. Juni, zu einer Urabstimmung über die Frage kommen, ob sich die Studierendenschaft finanziell in erheblichem Umfang an der Errichtung des „Verfügungsbauwerks“ beteiligen soll. Dem beschlossenen Letter of Intent zufolge, wird sich dort zukünftig das 603qm befinden. Der AStA sieht es als seine Pflicht an, die Studierenden selbst über dieses Projekt entscheiden zu lassen, da es nicht nur um die Verwendung eurer Semesterbeiträge geht, sondern dieser Entschluss auch weitreichende Konsequenzen für das kulturelle und studentische Leben in Darmstadt haben wird. Um das 603qm zu erhalten ist deshalb eure Beteiligung nötig. Deine Stimme, dein „JA“ zum 603qm!

### Ringvorlesungen im „Café Freiraum“, 603qm der kommenden Wochen

- 25.04. Elitenbildung
- 09.05. Konstitution des bürgerl. Subjekts
- 23.05. Antisemitismus
- 06.06. Antiziganismus
- 20.06. Gender
- 04.07. Antimuslimischer Rassismus

# Solidarische Landwirtschaft in Darmstadt



SoLaWi-Aktive bei der Feldplanung

Foto: solawi-darmstadt.de

Im Herbst letzten Jahres hat sich auch hier eine Initiative für „Solidarische Landwirtschaft“ (SoLaWi) gegründet. Unsere Vision ist es, eine Vielfalt an frischen, gesunden Lebensmitteln aus der Region zu beziehen und es gleichzeitig den LandwirtInnen zu ermöglichen, weitestgehend frei von kapitalistischen Zwängen und somit wirklich<sup>1</sup> nachhaltig und bedarfsorientiert zu wirtschaften.

Durch das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft kommen die ErzeugerInnen unserer Nahrungsmittel mit den VerbraucherInnen zusammen. Wir entscheiden basisdemokratisch, was im folgenden Jahr angebaut wird und kalkulieren die Kosten. Die Gruppe der KonsumentInnen steuert, meist im Voraus, die erforderlichen Mittel bei und wird dafür das ganze Jahr über mit Gemüse und anderen Hofzeugnissen versorgt. Risiken wie Missernten werden in gemeinschaftlicher Verantwortung getragen.

## Globale Landwirtschaft, Kapitalismus und die Konsequenzen

Nicht für den „freien Markt“ also, sondern für einen Kreis von AbnehmerInnen vor Ort wird erzeugt - Überschüsse, wie sie im jetzigen System die Regel sind, werden vermieden - ebenso wie lange Transportwege mit all ihren Implikationen. Die Solidarische Landbewirtschaftung ist grundsätzlich nicht profitorientiert, sondern kostendeckend. Die ProduzentInnen erhalten eine faire Vergütung und angemessene Wertschätzung ihrer so wichtigen Arbeit. Dem wachsenden Preisdruck wird durch dieses Konzept ein Riegel vorgeschoben und die Abhängigkeit von Subventionen aufgelöst. Die Bäuerinnen und Bauern sind nicht länger Spielball im globalisierten Weltmarkt.

Die Mechanismen des internationalen Preiskampfes, Standortwettbewerbes und angeblicher kapitalistischer Sachzwänge wirken im Prinzip auch im Biobereich und verursachen eine stetig zunehmende Zentralisierung und Industrialisierung in Produktion und Verarbeitung, die immer intransparenter wird. Der damit zusammenhängende Strukturwandel bringt mit sich, dass LandwirtInnen ihre Flächen vergrößern und sich auf wenige Anbausorten spezialisieren müssen, um zu überleben - nicht selten sind sie gezwungen, sich selbst und/oder die Natur auszubeuten bzw. ausbeuten zu lassen. In der konventionellen Landwirtschaft wird zudem durch Monokulturen und über den Einsatz von umwelt- und gesundheitsschädlichen Agrochemikalien die vom Markt diktierte Produktivitätserhöhung erzielt - wenn nicht sogar zusätzlich mittels gentechnischer Manipulation. Die gute Nachricht: SoLaWi funktioniert ohne immerwährende Ertragssteigerung.

## Unsere lokalen Projekte

Pünktlich zur Aussaat konnten wir zwei landwirtschaftliche Betriebe gewinnen, die mit uns VerbraucherInnen eine solche Kooperation eingehen: Zwischen Griesheim und Crumstadt liegen die Felder des einen, wobei das kleine

Gemüsefeld, bei dem wir auch regelmäßig etwas mitgärtnern werden, unweit der Griesheimer Endhaltestelle liegt. Auch der Birkenhof in Egelsbach ist gut zu erreichen - falls Menschen sich dort auf dem Feld oder anderweitig einbringen möchten, was keine Voraussetzung ist, aber möglich sein wird.

Die Beitragshöhen werden flexibel, d.h. sozialverträglich gestaltet, sodass auch StudentInnen mit nicht so viel Geld mitmachen können. Durch Mitarbeit kann der Kostenbeitrag noch weiter verringert werden.

Es gibt leckeres Gemüse queerbeet<sup>2</sup>, viele verschiedene Salatsorten, Getreide, Kartoffeln, Kürbisse, Erdbeeren, Himbeeren ...

Wöchentlich werden wir unsere Ernte aufteilen. Wir sind momentan dabei, die notwendige Logistik aufzubauen und suchen noch ein geeignetes Depot in DA! Wer von einem kleinen Raum mit Stromanschluss weiß - nur her mit der Info!

Alle sind willkommen und bei allseitiger Sympathie herzlich eingeladen, bei einem oder auch bei beiden SoLaWi-Projekten dabei zu sein! Wer dieses Jahr noch mitmachen möchte: → Bitte alsbald melden - so können wir sicherstellen, dass die erforderlichen Mengen auch wachsen - oder für 2013 bis zum Herbst anmelden. Interessierte können uns jederzeit kontaktieren, bei unseren Treffen vorbeischaun, die Felder besichtigen und demnächst die Gemüseboxen bestaunen.

Email: Nachhaltigkeit@asta.tu-darmstadt.de  
Website: www.solawi-darmstadt.de  
Allgemeine Info & Flyer vom Netzwerk Soli-

darische Landwirtschaft: [www.solidarischelandwirtschaft.org](http://www.solidarischelandwirtschaft.org)  
Weitere Infos: [www.hofgruender.de/csa.html](http://www.hofgruender.de/csa.html)

<sup>1</sup>in Abgrenzung zur allseitigen 'Zweckinterpretation' dieses Modewortes à la greenwashing  
<sup>2</sup>in Anlehnung an das Queer-Referat des AStA

## Nachhaltigkeit:

Gelebte Nachhaltigkeit (engl. Sustainability) wird von uns als solidarische Zusammenarbeit mit der Natur verstanden: Unter möglichst umfassender Einbeziehung der ökologischen Zusammenhänge soll einem Ökosystem nur so viel und jenes entnommen oder zugeführt und es nur insofern umgestaltet werden, dass sowohl seine innewohnende Regulations- und Regenerationsfähigkeit, als auch die Energie- und Stoffkreisläufe erhalten bleiben oder verbessert werden.

Eine möglichst große Vielfalt der Lebewesen und Lebensräume, sogenannte Biodiversität, ist eine zentrale Voraussetzung für die dauerhafte (dynamische!) Stabilität des globalen Ökosystems. Positiv beitragen kann hier der Mensch insbesondere durch die Schaffung und Erhaltung einer kleinräumigen Kulturlandschaft. Dies kann im Rahmen einer nachhaltigen („ökologischen“) Landwirtschaft bis hin zu Permakultur oder Waldgartenbau geschehen. Nur eine derartig bewusste und maßvolle Nutzung aller natürlicher Ressourcen kann die ökologische Balance auf diesem Planeten auf Dauer bewahren und so einen umfassenden Frieden unter allen seinen BewohnerInnen ermöglichen.



Gut für Bienen und Biodiversität: An manche Felder werden wir auch Wildblüten säen

Notfellchen @ flickr

## Neubau der ULB und Medienzentrum Lichtwiese

**Am 21. Februar lud Dr. Nolte-Fischer, Leiter der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB), den AStA zu einem Gespräch ein, um über den Stand der Baupläne der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) sowie des Medienzentrums am Standort Lichtwiese zu informieren.**

Mit dem aktuellen Planungsstand zum Neubau begegnet die ULB den Schwierigkeiten, die über die letzten Jahre entstanden sind, auf breiter Front. Der Mangel an Arbeitsplätzen und Schließfächern soll behoben, die Öffnungszeiten verlängert und der Bereitstellung elektronischer Medien eine höhere Priorität beigemessen werden.

Gab es in der ULB im Schloss bisher lediglich 220 Arbeitsplätze, ist alleine im Neubau der ULB mit insgesamt 700 neuen Arbeitsplätzen verschiedener Art zu rechnen. So wird es in fünf Räumen Gruppenarbeitsplätze für bis zu 15 Personen, Arbeitsplätze für ein bis drei Personen in ca. 50 abschließbaren Kabinen und zahlreiche Einzelarbeitsplätze geben, die das Atrium und die Außenfront säumen. Im Schloss werden zudem, nach der Renovierung, zwischen 150 und 200 und an der Lichtwiese 300 bis 400 Arbeitsplätze geschaffen, was den bisherigen Platzmangel bis auf Weiteres Vergangenheit sein lassen wird. Im Neubau sind

weiterhin deutlich mehr Spinde geplant. Sie werden im Eingangsbereich aufgestellt und tageweise zur Verfügung stehen. Verwaltet werden diese in Zukunft über die Athene-Karte. Auf jeder Etage werden zusätzlich zahlreiche Schließfächer für Bücher und Laptops vorhanden sein, die auch längerfristig angemietet werden können.

Außerdem hat die Universität, vorerst nur für das laufende Jahr, die Finanzierung für eine 24-Stundenöffnung sichergestellt. Sollten allerdings genügend Student/innen die Bibliothek auch nachts nutzen, wird diese auf Dauer durchgehend geöffnet bleiben.

Auch bezüglich des Erwerbungsprofils von elektronischen und gedruckten Medien tut sich so einiges. Nolte-Fischer hält die Bereitstellung von elektronischen Medien für elementar und betont, dass für elektronische Medien bereits 60% der Mittel für Neuerwerbungen ausgegeben werden. Auf jeder Etage

des ULB-Neubaus werden Digitalisierungsgeräte vorzufinden sein, mit denen die Nutzer/innen Medien digitalisieren und auf einem USB-Stick speichern können. Derzeit prüft die ULB, auf Anregung des AStA, ob auch ein Versand per E-Mail ermöglicht werden kann.

Für das leibliche Wohl wird in der Cafeteria gesorgt, die vom Studierendenwerk betrieben wird. Von 8-24 Uhr werden sieben Tage die Woche warme Speisen und Getränke angeboten, von 24-8 Uhr stehen Automaten zur Verfügung. Auch im neuen Medienzentrum an der Lichtwiese wird es ein kleines Bistro geben. Dieses wird jedoch am Sonntag vorerst nicht geöffnet sein.

Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass nach dem Heinerfest mit dem Umzug begonnen wird, der insgesamt drei Monate dauert. Für den Umzug wird die Ausleihe lediglich für drei Tage geschlossen werden, wodurch für die Student/innen praktisch keine Nachteile entstehen.



Neubau der ULB auf dem Campus Stadtmitte

Foto: hrz

## Rechter AStA an der FH Frankfurt

### Offener Brief der ehemals im AStA der FH Frankfurt Aktiven

Da habt ihr es!

Am 01.02.2012, im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments, wurden die neuen AStA-Vorstände gewählt sowie der Haushaltsplan beschlossen. Damit stellten sich auch umgehend alle Befürchtungen bezüglich der neuen AStA-Perspektive ein:

Zukünftig wird der allgemeine Studierenden-ausschuss eine konservative und wirtschaftsorientierte Struktur annehmen, die bereits in den Vorstandswahlen ihren Ausdruck findet. Alle „Führungspositionen“ wurden ausschließlich mit Männern besetzt - ein patriarchales, hierarchisches System wird im Ausschuss somit im Weiteren institutionalisiert.

Dies zeigt sich ebenfalls in der Sitzverteilung der Stupa-Listen DSL und ASV, die zu 85% von Männern besetzt werden. Dementsprechend wird der zukünftige AStA den von der Hochschule initialisierten Gleichstellungsbestrebungen nicht im Geringsten gerecht und stellt einen Angriff auf die emanzipatorische Entwicklung der Studierenden dar.

Der neue Vorstand ist sich noch nicht einmal zu schade, Diskriminierungen hinsichtlich der sozialen Herkunft von Studierenden der FH vom Stapel zu lassen. „Stress haben nur die Leistungsschwachen“ erklärte der neue

2. Vorsitzende und meint diesen sozialdarwinistischen Schwachsinn offenbar ernst.

Es bleibt jedoch nicht bei geistig-verbalen Ausfällen und fragwürdigen strukturellen Veränderungen, sondern das Drama nimmt seit dem 01.02.2012, 23.00 Uhr ganz praktisch seinen Lauf.

Die erst vor 6 Monaten neu eingebaute Schließanlage im Roten Haus im Wert von ca. 1000 Euro, die aufgrund eines Defektes ausgewechselt werden musste, wurde noch am gleichen Abend nach der StuPa-Sitzung ausgetauscht. Dies spricht weder für einen verantwortlichen Umgang mit den Geldern der Studierenden, noch für eine transparente AStA-Politik.

Seit dem Amtsantritt sind außerdem die Räume des AStA und der darin befindliche AStA-Shop für Studierende nicht mehr zugänglich. Die Zukunft der offenen Präsenzbibliothek, die als Freiraum für Studierende dient, erscheint mehr als ungewiss.

Auch in Sachen Hochschulpolitik konnten die neuen AStA- und StuPa-Mitglieder von ASV und DSL keine Perspektive eröffnen. Dass der neue AStA sich nicht ausreichend um die hochschulpolitische Vertretung der Studierenden kümmern wird, lässt sich unter anderem auch aus dem Haushaltsplan schließen. Dieser sieht vor, das hochschulpoliti-

sche Referat um fast 50% seiner bisherigen Haushaltsmittel zu kürzen. Weiterhin lässt sich dem Haushaltsplan entnehmen, dass künftig nur noch ein/e Referent/in, statt wie bisher vier, diese wichtige Aufgabe begleiten werden.

Die Landes Asten Konferenz (LAK) hat auf der letzten Sitzung in Marburg den neuen AStA aufgrund seiner fragwürdigen politischen Haltungen kritisiert und sieht keine Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit. Dadurch entsteht für uns Studierende an der FH Frankfurt eine unzumutbare Vertretungslücke auf Landesebene.

Nichts bleibt so, wie es ist!

Aus einer emanzipatorischen und kritischen Perspektive ist eine Zusammenarbeit mit dieser hierarchisch-patriarchalen Studierenden-Vertretung konsequent abzulehnen.

Unterzeichner/innen: Die ehemaligen AStA-Mitglieder aus folgenden Referaten: Queer, Bibliothek, Kultur, Hochschulpolitik Extern, Hochschulpolitik Intern, Antirassismus, Öffentlichkeit, Finanzen, Semesterticket, Bafög-Beratung, Sozialberatung, Politische Bildung, Internationales und die Mitarbeiter/innen des AStA-Shops

sowie die studentischen Initiativen: AG Anti-Repression, Protestplenum FH Frankfurt

## Darmstadts Radwege Hubbelpisten

Verkehrswende. Ein Wort, das häufig in einem Atemzug mit Energiewende, Nachhaltigkeit und auch Umweltschutz genannt wird. Doch was bedeutet "Verkehrswende"? Wird das Auto durch das Fahrrad ersetzt werden? Nein! Jedenfalls nicht zu unseren Lebzeiten. Verkehrswende bedeutet einen Wandel des Verkehrs zu umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Fortbewegungsmitteln. Alle Parteien sind sich darüber einig und die Verkehrswende wird kommen. Nur über den Zeitplan und die genaue Umsetzung gibt es Streit.

Aber schon heute zeigen sich Auswirkungen dieser Wende. Radfahren wird zunehmend beliebter und Fahrradverleih sowie E-Bike sind aus unserem Umfeld nicht mehr wegzudenken. Mittlerweile kommt mehr als die Hälfte der Studenten und Studentinnen täglich mit dem Rad zur Universität und sie nutzen dieses auch für viele private Strecken. Die TU reagiert entsprechend, indem sie gemeinsam mit der Hochschulgruppe Nachhaltigkeit und dem AStA eine Fahrradwerkstatt einrichtet und bereits vor einiger Zeit E-Bikes für ihre Angestellten angeschafft hat. Doch beim Punkt Radwege liegt, insbesondere an der Lichtwiese, noch so einiges im Argen – vor allem ist ein Mangel an selbstigen zu beklagen.

Doch das ist nichts gegen die grausame städtische Entwicklung, die den geringsten Anforderungen an Radwege nicht nachkommt. Nachdem bereits 1997 die allgemeine Benutzungspflicht für Radwege abgeschafft worden ist, sind mittlerweile auch strenge Anforderungen an weiterhin benutzungspflichtige Radwege gestellt (Benutzungspflicht ist erkennbar an dem blauen runden Schild mit Radsymbol, ggf. gemeinsam mit Fußgängern und Fußgängerinnen).

Diese strengen Anforderungen sollen sicherstellen, dass das getrennte Führen des Radverkehrs sicherer für diesen erfolgt, als wenn er auf der Fahrbahn geführt würde, denn der Verkehrsfluss ist explizit kein Kriterium für eine Benutzungspflicht. Allerdings haben Untersuchungen gezeigt, dass getrennte Radwege bis zu zwölf mal so gefährlich wie das Fahren auf der Fahrbahn sein können. Nur in den seltensten Fällen ist ein getrennter Radweg sicherer als das Fahren auf der Fahrbahn. „In Darmstadt gibt es fast keine Straßen, die eine Benutzungspflicht

nach den Kriterien der Straßenverkehrsordnung erlaubt“ erläutert Stephan Voeth, Referent des AStA und langjähriger Radfahrer, „Benutzungspflichten führen unweigerlich zu einer Gefährdung der Radfahrer und Radfahrerinnen.“

### Doch warum benutzen Radfahrer und Radfahrerinnen immer Radwege?

Mit der steigenden Anzahl von Autos als Fortbewegungsmittel nahm die Zahl der Fahrräder im Straßenverkehr unweigerlich ab und sie wurden auf Wege neben der Straße oder Fußwege verbannt, obwohl sie bei den Geschwindigkeiten eher im Bereich des Kraftfahrzeugverkehrs anzusiedeln wären.

Mittlerweile sind die alten Radwege in fast ganz Darmstadt nicht mehr für den Radverkehr geeignet. Die Voraussetzungen, die eine Benutzungspflicht befürworten würden, sind ohnehin nur in den seltensten Fällen gegeben. Empfehlenswert wäre es, nun die Benutzungspflicht aufzuheben und den Radverkehr, je nach Geschwindigkeit, selbst entscheiden zu lassen, ob er auf Fahrbahn oder Radweg fahren möchte.

Leider sind viele Autofahrer und Autofahrerinnen mit dem Rad auf der Straße überfordert und Überholvorgänge werden oft mit geringen Seitenabständen oder viel zu schnell ausgeführt. Dadurch fühlen sich Radfahrer und Radfahrerinnen wiederum verängstigt und fahren lieber auf dem Radweg. Ein Trugschluss, wenn die Unfallzahlen betrachtet werden.

Der AStA hat es sich nun zum Ziel gesetzt, die Radwegnutzungspflichten an nahezu allen Straßen im Stadtgebiet aufheben zu lassen. Dazu wurden bisher neun Anträge beim zuständigen Tiefbauamt gestellt. „Notfalls werden wir auch vor Klagen nicht zurückschrecken“ betont Voeth. In Darmstadt soll dadurch, wie bereits in vielen anderen Städten geschehen, eine bessere Verkehrspolitik angestoßen werden.

Alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen müssen sich gleichberechtigt auf den Straßen bewegen können, um eine gemeinsame mobile Zukunft zu schaffen. Eine Zukunft, in der Auto, LKW, ÖPNV und Rad, aber auch Fußgänger und Fußgängerinnen

auf gleicher Höhe und Seite an Seite den Stadtverkehr bestimmen.

### Kommentar (Stephan Voeth, Referent des AStA der TU Darmstadt):

Ich bin einige Jahre als Radkurier in Darmstadt unterwegs gewesen und hatte dabei mehr als einmal Kontakt mit einem Auto. Zumeist konnte ich den Fahrern und Fahrerinnen noch nicht einmal böse sein, da sie mich aufgrund der Verkehrsführung, trotz meiner Vorfahrt, einfach nicht sehen konnten.

Denn entgegen der geläufigen Meinung, dass Radwege sicherer seien, stehen sehr viele Forschungsberichte, die eben genau das Gegenteil besagen. Es mag einige wenige Stellen geben, an denen ein getrennter Radweg sinnvoll ist. In den meisten Fällen ist aber das Fahren auf der Fahrbahn, ggf. mit einem sogenannten Schutzstreifen, dem benutzungspflichtigen Radweg vorzuziehen. Der Schutzstreifen befindet sich auf der Fahrbahn, wodurch Radfahrer und Radfahrerinnen immer im Sichtbereich der motorisierten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen bleiben.

Während die Stadt zur Zeit das durchaus positive Anliegen verschiedener Fahrradstraßen erwägt, müssen wir Radfahrer und Radfahrerinnen weiterhin die unglaublich schlechten Radwege benutzen. Meistens ist dabei unerheblich, ob wir das wollen oder nicht.

Es wird endlich Zeit, dass auch die Darmstädter Tiefbauamt die Bedeutung des Radverkehrs vor Augen geführt wird. Fahrräder dürfen nicht als Verkehr zweiter Klasse behandelt werden. Die Straßenverkehrsordnung besagt ganz klar, dass alle Fahrzeuge grundsätzlich (gemeinsam) die Fahrbahn zu benutzen haben und genau das muss auch das Ziel der Verkehrspolitik sein.

Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass auch die Stadt baldigst die Probleme der Verkehrsführungen erkennt. Möglichkeiten, diese zu ändern, gibt es viele. Darunter sind auch die Schutzstreifen, die durch simple Markierungsarbeiten auch mit dem geringen Budget der Stadt zeitnah und kostengünstig umzusetzen wären.

## Kommentar zu den Plänen des Saladin-Gebäudes

Wie bereits der örtlichen Presse entnommen werden konnte, wird aus dem ehemaligen Elektro-Saladin Gebäude – das Gebäude zwischen Krone und Saray-Kebab gegenüber dem Schloß – zwar kein Hotel mehr, dafür aber, unter Umständen, ein Museum der Familie Sander. Sollte dieser Fall eintreten, so werden hier die einstigen Reichtümer der Stadt Darmstadt präsentiert. Ein Vorteil für die angrenzenden Gewerbe wäre, dass sich Veranstaltungen im Museum mit Tanzveranstaltungen in der Krone nicht oder nur in Ausnahmefällen, überschneiden würden.

Die Stadt Darmstadt müsste allerdings erstmal ein prestigeträchtiges Gebäude bauen, das kulturell und architektonisch zu Innenstadt und Schloß passt, um den scheinbaren Glanz einstiger Dekadenz (wieder-)herstellen zu können.

Diese adlige Abgehobenheit romantischer Zeiten spiegelt sich auch im Magistrat der Stadt Darmstadt wider. „Mehr Bürgerbeteiligung“ hieß es beim Wahlkampf der Grünen, doch was passiert nun mit den Konversionsflächen der Stadt? Sie werden von einem kommunalen Gestaltungsbeirat baulich in das Stadtbild eingegliedert. Dabei werden alle alten Gebäude abgerissen, statt saniert. So wird, laut Echo-Online, nach Ostern das Saladin-Gebäude aufgrund „maroder Bausubstanz“ abgerissen.

Und wer sitzt im Gestaltungsbeirat?

**Ulrike Kirchner**, Landschaftsarchitektin aus Koblenz, war mit Planung und Konzeption der Bundesgartenschau in Koblenz beauftragt. **Christa Reicher**, Architektin aus Dortmund, lehrt seit 2002 als Professorin Städtebau und

Bauleitplanung an der dortigen Universität. Sie ist auch Vorsitzende des Gestaltungsbeirats Dortmund. **Susanne Wartzack**, Architektin aus Dipperz bei Fulda, ist zweite Vorsitzende des Bundes Deutscher Architekten in Hessen. **Rolf Westerheide** aus Aachen ist Professor für Städtebau und Landesplanung an der dortigen Universität sowie an einer Hochschule im Kongo. Er gehört außerdem dem Kuratorium der Stiftung deutscher Architekten an. **Cornelia Zuschke**, Architektin und Denkmalpflegerin aus Fulda, ist dort seit 1999 Stadtbaurätin.

„Die Beiratsmitglieder sind jeweils für zwei Jahre vom Magistrat vorgeschlagen und vom Stadtparlament bestätigt. Eine Wiederwahl ist möglich. Baudezernentin Brigitte Lindscheid erklärte, dass im Zuge von Umbesetzungen auch eine Berufung von Fachleuten anderer Sparten, etwa aus den Geisteswissenschaften, in das Gremium möglich sei.“ (aus: Echo-Online)

Ob das wirklich nach mehr Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung aussieht, kann jeder und jede selbst entscheiden. Für mich steht fest, dass gravierende Probleme wie Wohnungsknappheit und steigende Obdachlosenzahlen nicht mit einem zeitintensiven und dekadenten Prestigeprojekt wie diesem gelöst werden können. Hinzu kommt, dass kreative Ideen der Bevölkerung regelmäßig abgelehnt oder ignoriert werden, da offenbar weder bürgerliche Partizipation noch politisches Engagement erwünscht sind.

Sicher ist, dass sich die Magistratsmitglieder unsicher sind. Deshalb eine Bitte an die Stadt: Zurück zu Vernunft, mehr Kreativität und sozialem Feingefühl!



Goodbye, Saladin!

Foto: Jan-Martin Steitz

## Kurznews

### Doppelte Jahrgänge

Noch ein verhältnismäßig ruhiges Semester steht uns bevor, bis die doppelten Jahrgänge, bedingt durch das verkürzte Abitur und die Aussetzung der Wehrpflicht, im kommenden Wintersemester an die Unis und Hochschulen strömen. Die bekannten Probleme wie überfüllte Hörsäle und Veranstaltungen, überlastete Dozentinnen und Dozenten und Wohnungsknappheit werden in bisher nicht absehbarem Ausmaß wiederkehren. Mehr dazu könnt Ihr voraussichtlich in der nächsten AStA-Zeitung und regelmäßig auf der Homepage des AStA nachlesen.

### Sozialberatung

Die Sozialberatung des AStA fällt fürs Erste aus, weil uns unser Sozialreferent Moritz Borgmann leider verlässt. Wir sind gerade dabei, baldmöglichst jemand Neues für das Referat zu gewinnen, damit die Beratung bald wieder

stattfinden kann - Wenn ihr Interesse daran habt, euch einmal selbst im Sozialreferat zu engagieren, meldet euch bei uns! Ansonsten informiert ihr euch am besten regelmäßig auf unserer Homepage, ab wann wir die Beratung wieder anbieten können.

### Efinger bereits seit 2009 nicht mehr im Amt

Wie kürzlich in der 91. Senatssitzung, am 15.02.2012, bekannt wurde, dankte TU-Kanzler Dr. Manfred Efinger bereits 2009 ab. Grund waren politisch geschönte, nach unten korrigierte Prognosen der zu erwartenden Studierendenzahlen, die als Grundlage für den Abschluss des Hochschulpakt 2 dienten. Efinger trat damals, nach eigener Aussage, aus Protest von seinem Amt als Vorsitzender der Kommission der Kultusminister- und Kultusministerinnenkonferenz (KMK) zurück. Der AStA begrüßt diesen Schritt ausdrücklich und bezeichnet ihn

im Nachhinein als deutliches und längst überfälliges Signal.

### Wasser

Der beständige Druck aus den Reihen der Studentinnen und Studenten hat sich ausgezahlt. Das Studierendenwerk bietet seit kurzem in den Bistros 1l-Wasserflaschen für 0,55€ inkl. Pfand an.

### Verwaltung okkupiert Toilette

Im alten Hauptgebäude wurde eine Toilettenkabine mit einem elektronischen Schließsystem ausgestattet, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sich die Toilette nicht mit Studentinnen und Studenten oder anderen Bediensteten teilen müssen. Die Kosten für die Schließanlage betragen etwa 250€. Ob dies aufgrund gebäudetechnischer Auflagen oder in Reaktion auf den akuten Raum-mangel geschah ist bisher unklar.

## Veranstaltungshinweise:

### 25.04.2012 - „Elitenbildung“ Vortrag mit Prof. Dr. Hartmann - „Café Freiraum“ 603qm

Mit dem Vortrag von Prof. Dr. Hartmann startet die in diesem Semester stattfindende Ringvorlesung (RV) des Zirkels für politische Bildung. Das Oberthema der Veranstaltungsreihe lautet: "Geschlossene Gesellschaft? Inklusion und Exklusion in Deutschland". Die Veranstaltungen finden im Schlosskeller und 603qm statt.

### 26.04.2012 - Girls Day - „Mädchen entdecken Berufe in Technik, IT, Handwerk und Naturwissenschaften“

Der internationale Aktionstag setzt es sich zum Ziel, Mädchen die Berufs- und Ausbildungsvielfalt nahezubringen und neue Perspektiven zu eröffnen. Auch die TU Darmstadt bietet Einblick in diverse Studiengänge - die Plätze sind allerdings begrenzt. Wenn Ihr also Mädchen im Familien- oder Bekanntenkreis habt, denen Berufs- und Ausbildungswahl noch bevorsteht oder euer Interesse geweckt wurde, informiert euch und meldet euch an unter: [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de)

### 09.05.2012 - „Sarrazin, Sloterdijk und die rohe Bürgerlichkeit“ Vortrag mit Dr. David Salomon - „Café Freiraum“ 603qm

### 12.05.2012 - Rock gegen Rechts Darmstadt

Mit dem Berliner Rapper, Produzenten und Kabarettisten Tapete, dem Münchner Dancehall-Artist Dopewalka und der lokalen Rockformation The Iascope wird ab 20:00 Uhr im Carree gegen rechtsradikales und menschenfeindliches Gedankengut gerockt. Nähere Infos unter: [www.centralstation-darmstadt.de](http://www.centralstation-darmstadt.de)

### 16.-19.05.2012 - Europäische Aktionstage BLOCKupy Frankfurt

#BESETZEN #BLOCKIEREN #DEMONSTRIEREN

BLOCKupy Frankfurt, ein breites Bündnis von Organisationen, Initiativen und Netzwerken, mobilisiert für die Tage vom 16. bis 19. Mai zu vielfältigen Aktionstagen nach Frankfurt. Neben Platzbesetzungen am 17.05. und einer internationalen Demonstration am 19.05. stehen am Freitag, den 18. Mai, Massenblockaden im Mittelpunkt der Protest-Choreographie.

### 20.05.2012 - Veganer Brunch in Bad Dürkheim

Der erste vegane Brunch in Bad Dürkheim lockt mit einem reichhaltigen Angebot an veganen Leckereien, von Salaten bis zu diversen Desserts. Los geht es um 11:00 Uhr im Dürkheimer Haus, Bad Dürkheim. Nähere Infos und Anfahrtsbeschreibung auf Facebook: Vegan Brunch Bad Dürkheim.

### 16.06.2012 - „Meat is Murder“ - Demo in Mannheim

Die Fleischindustrie ist dafür verantwortlich, dass jeden Tag über 1,7 Millionen Tiere alleine in Deutschland hingerichtet werden. Auf diese Ausbeutung und Entrechtung von Lebewesen soll mit der Demonstration die Aufmerksamkeit gelenkt und dem Protest gegen die tagtäglichen Massaker im Namen der Völlerei Ausdruck verliehen werden. Ab 10:00 Uhr wird es auf dem Mannheimer Paradeplatz Infostäbe geben, die Demo startet um 12:00 Uhr. Nähere Infos unter: [meatismurder.blogspot.de/demo](http://meatismurder.blogspot.de/demo)

### 23.05.2012 - „Antisemitismus in der Bundesrepublik“ Vortrag mit Dr. Stephan Grigat - „Café Freiraum“ 603qm

### 30.05.2012 - „Überwachung und Repression sozialer Proteste“ Vortrag mit Matthias Monroy - Schlosskeller

### 06.06.2012 - „Antiziganismus in Deutschland“ Vortrag mit Roswitha Scholz - „Café Freiraum“ 603qm

### 13.05.2012 - „Vom Rassismus zur kulturellen Bildung/Ausgrenzung“ Vortrag mit Dr. Olga Zitzelsberger - Schlosskeller

### 18.-21.06.2012 - Hochschulwahlen TU Darmstadt

Die jährlichen Wahlen zum Studierendenparlament, der Universitätsversammlung sowie der Fachschafts- und Fachbereichsräte der TU Darmstadt sind, wenn auch nicht der einzige, doch der sichtbarste Ausdruck des Leitbildes „demokratische Hochschule“. Ihr, die Studentinnen und Studenten legitimiert die entsprechenden Gremien und Versammlungen. Diese treffen in eurem Namen relevante Entscheidungen. Findet euch deshalb vom 18.-21.06. zwischen 10:30 und 14:30 Uhr in den Mensen Stadtmitte oder Lichtwiese ein und beteiligt euch an der Wahl.

### 20.06.2012 - „Zur gesellschaftlichen Herstellung des biologischen Geschlechts“ Vortrag mit Dr. Heinz-Jürgen Voß - „Café Freiraum“ 603qm

### 27.06.2012 - „Das Versprechen der Inklusion in der Behindertenpädagogik“ Vortrag mit Prof. Dr. Stein - Schlosskeller

### 04.07.2012 - „Antimuslimischer Rassismus“ Vortrag mit Jörn Schulz - „Café Freiraum“ 603qm

## Wöchentliche Termine:

### Montag

17:30 Uhr Komitee für freie Bildung im AStA  
19:00 Uhr vegane Volkküche der Oetinger Villa

### Dienstag

17:00 Uhr AStA-Sitzung im AStA Raum S1|03/56

### Mittwoch

19:00 Uhr Café Freiraum mit verschiedenen Vorträgen im 603qm

### Donnerstag

17:00 Uhr AStA-Sitzung im AStA (nur Vorlesungszeit) S1|03/56



**Mal anders Studieren?**  
Auch in diesem Semester bieten wir wieder eine  
Vielzahl an Autonomen Tutorien!

Alternatives Vorlesungsverzeichnis unter:  
[www.asta.tu-darmstadt.de/tutorien](http://www.asta.tu-darmstadt.de/tutorien)

